

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2013 in der Rückblende	4
Das politische Jahr	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	8
III. Tätigkeitsberichte	21
Parteiorgane	21
Geschäftsleitung	21
Parteivorstand	21
Delegiertenversammlungen	21
Fachkommissionen	24
Bau, Verkehr und Energie (BVE)	24
Erziehung (ERZ)	25
Finanzen und Verwaltung (FIN)	25
Gesundheit und Fürsorge (GEF)	27
Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)	27
Polizei und Militär (POM)	29
Volkswirtschaft (VOL)	30
SVP Frauen Kanton Bern	31
JSVP Kanton Bern	32
SVP Senioren Kanton Bern	34
Wahlkreise	35
Jura bernois	35
Biel-Seeland	36
Emmental	37
Oberaargau	38
Bern-Mittelland	39
Thun	41
Oberland	42
Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft	44
Obergericht	44
Verwaltungsgericht	44
Generalstaatsanwaltschaft	45
IV. Organisation / Personelles	47

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	47
Geschäftsleitung (GL)	47
Parteivorstand (PV)	47
Grossratsfraktion	49
Vertretung in der SVP Schweiz	49
Mitglieder des Zentralvorstandes	49
Mitglieder des leitenden Ausschusses	50
Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses	50
Regierungsmitglied	50
Parteisekretariat	50
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	50
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	50
Unsere Verstorbenen	51
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	53
VI. Die Partei in Zahlen	54
Mitgliederzahlen	54

I. Vorwort des Präsidenten

Nach meiner Wahl zum Parteipräsidenten standen die Einarbeitungsphase und die Überprüfung der Strukturen an. Mir war es ein Anliegen, die strategischen Entscheide auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Entsprechend wurden die Geschäftsleitung und der Parteivorstand erweitert und die Statuten angepasst. Dank der sehr guten Unterstützung aus dem Parteisekretariat, aber auch aus der kantonalen und nationalen Fraktion sowie den Parteigremien konnte ich mich rasch einarbeiten. Besten Dank für die Unterstützung. Viele Sektionenbesuche zeigten mir, dass sehr gute und motivierte Parteifunktionäre in unseren Sektionen gute und solide Arbeit leisten. Wir können aber nicht übersehen, dass es in einigen Sektionen auch an Personal mangelt und dadurch die Arbeit an wenigen Leuten hängen bleibt. Zudem macht uns der Mitgliederschwund Sorgen. Das müssen wir korrigieren.

Das politische Jahr 2013 war geprägt von Sachabstimmungen, verschiedenen Gemeindewahlen und einer ersten Vorbereitung im Hinblick auf die kommenden Regierungsrats- und Grossratswahlen inkl. Auffrischung der Homepage. Die Bilanz der rot-grünen Regierung im Kanton Bern ist katastrophal. Deshalb muss sich etwas ändern. Aus diesem Grund haben sich die bürgerlichen Parteien entschieden, gemeinsam in den Regierungsratswahlkampf einzusteigen. Ein Verein mit dem Zweck „Wiederherstellung der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat“ wurde gegründet. Dank grosser Unterstützung aus verschiedenen Kreisen konnten wir eine solide Kampagne planen. Die Delegiertenversammlung der SVP hat Regierungspräsident Christoph Neuhaus und Grossrat Manfred Bühler einstimmig nominiert. Zudem wurden 265 SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Grossratswahlen in den Wahlkreisen nominiert. Die Wahlvorbereitungen laufen auf Hochtouren. Wir dürfen diesen Wahlen 2014 positiv entgegensehen, da auch die Gemeindewahlen 2013 sehr gut verliefen. In 50% der Gemeinden haben wir unsere Sitze ausgebaut, in 25% gehalten und nur in 25% verloren. Danke an alle Sektionen für das grosse Engagement.

Mein erstes Jahr als Parteipräsident hat mir gezeigt, dass die SVP mit ihren Mitgliedern, den Parteiverantwortlichen auf allen Stufen und ihren Mandatsträgern hoch motiviert ist, die Politik und das Wohlergehen des Kantons Bern zu prägen. Für die grosse Unterstützung und die engagierte Arbeit möchte ich allen Parteimitgliedern, den Verantwortlichen in den Sektionen, Wahlkreisverbänden und in der Kantonalpartei sowie allen Amtsträgern in Legislative, Exekutive und Judikative sehr herzlich danken.

Ihre positive Einstellung sowie die tatkräftige Unterstützung motivieren mich, für die Zukunft der SVP Kanton Bern alles zu geben.

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

II. Das Jahr 2013 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

3. März 2013

Eidgenössisch

Bundesbeschluss über die Familienpolitik

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'283'951	1'078'531	54.3%	45.7%
Kanton Bern	151'973	155'535	49.4%	50.6%

Stimmbeteiligung: 46.61% (CH), 43.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

(Nein aufgrund des nicht erreichten Ständemehrs)

Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'616'184	761'975	68.0%	32.0%
Kanton Bern	216'810	91'358	70.3%	29.7%

Stimmbeteiligung: 46.74% (CH), 43.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'476'942	871'514	62.9%	37.1%
Kanton Bern	204'651	101'564	66.8%	33.2%

Stimmbeteiligung: 46.51% (CH), 43.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Kantonal

Volksinitiative «Bern erneuerbar» und Gegenvorschlag des Grossen Rates

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Initiative «Bern erneuerbar»	101'368	190'673	34.7%	65.3%
Gegenvorschlag	139'248	147'383	48.6%	51.4%
Stichfrage				

- Initiative: 95'588 / 36.5%
- Gegenvorschlag: 166'510 / 63.5%
- Ohne Antwort: 37'429

Stimmbeteiligung: 41.6%

Parole SVP Kanton Bern:

Initiative: **NEIN**

Gegenvorschlag: **NEIN**

Stichfrage: **Gegenvorschlag**

Ergebnis:

Initiative: **NEIN**

Gegenvorschlag: **NEIN**

Stichfrage: **Gegenvorschlag**

9. Juni 2013

Eidgenössisch

Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	480'291	1'550'080	23.7%	76.3%
Kanton Bern	54'519	208'103	20.7%	79.3%

Stimmbeteiligung: 39.52% (CH), 36.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'573'007	432'174	78.4%	21.6%
Kanton Bern	208'695	50'669	80.5%	19.5%

Stimmbeteiligung: 38.5% (CH), 36.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

22. September 2013

Eidgenössisch

Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	644'985	1'762'811	26.8%	73.2%
Kanton Bern	78'947	241'235	24.7%	75.3%

Stimmbeteiligung: 46.99% (CH), 44.7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'395'607	968'078	59.0%	41.0%
Kanton Bern	173'511	142'508	54.9%	45.1%

Stimmbeteiligung: 46.76% (CH), 44.7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

«Öffnungszeiten der Tankstellenshops» (Änderung des Arbeitsgesetzes)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'345'662	1'025'817	56.7%	43.3%
Kanton Bern	169'621	147'952	53.4%	46.6%

Stimmbeteiligung: 46.77% (CH), 44.7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

24. November 2013

Eidgenössisch

Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	955'155	1'797'110	34.7%	65.3%
Kanton Bern	142'828	233'112	38.0%	62.0%

Stimmbeteiligung: 53.0% (CH), 52.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'139'743	1'604'476	41.5%	58.5%
Kanton Bern	162'503	213'314	43.2%	56.8%

Stimmbeteiligung: 52.8% (CH), 52.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'087'350	1'662'755	39.5%	60.5%
Kanton Bern	148'884	227'115	39.6%	60.4%

Stimmbeteiligung: 52.9% (CH), 52.1% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Kantonal

Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	203'929	161'358	55.8%	44.2%

Stimmbeteiligung: 51.2%

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Aus der Grossratsfraktion

Die Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) wurde zwar erst in der Novembersession 2013 beraten, war aber während dem gesamten Jahr 2013 ein zentrales Thema. Auch die SVP-Fraktion beschäftigte sich intensiv mit der ASP. Sie führte am 8. Juli eine ausserordentliche Fraktionssitzung durch, um den ASP-Bericht der Regierung zu besprechen und Vorstösse zum Thema zu erarbeiten. Erkannt wurde bereits im Juli und auch nach der Debatte im November, dass es weitere, ernsthafte Einsparungen und Strukturanpassungen braucht, um die finanzielle Situation des Kantons Bern zu verbessern. Neben ASP gab es in jeder Session sehr wichtige Geschäfte mit weitreichenden Konsequenzen zu beraten.

Januarsession

Personelles

Leider gelang es nicht, einen SVP-Kandidaten als Ersatzmitglied des Obergerichts zu wählen, obschon die SVP gemäss Parteienproporz als einzige Partei klar Anspruch auf diesen Sitz gehabt hätte. Durch die Wahlempfehlungen des Wahlausschusses der Justizkommission war aber bereits vor der Wahl klar, dass der SVP-Kandidat chancenlos war. Zumindest wurde aber der von der SVP dann favorisierte glp-Kandidat und nicht der SP-Kandidat gewählt.

Verhandlungen

Ein wichtiges Thema der Januarsession war die Gesetzgebung für den Grossen Rat. Die SVP versuchte, die Einführung von Sachbereichskommissionen zu verhindern, war aber nicht erfolgreich. Immerhin konnte sie gegen den Widerstand von Links-Grün und des Regierungsrats erreichen, dass Verordnungen und Verordnungsentwürfe dem Grossen Rat inskünftig vorgelegt werden müssen und dass das neue parlamentarische Instrument der Finanzmotion eingeführt wird. Zu grösseren Diskussionen kam es beim Nachkredit für ungedeckte Baukosten des Erweiterungsbaus des Historischen Museums, die SVP lehnte diesen erfolglos ab. Ebenfalls nicht erfolgreich war die SVP bei der Forderung nach griffigen Massnahmen gegen kriminelle Asylbewerber, die von den anderen Fraktionen nicht unterstützt wurden, sowie bei der Schlussabstimmung über das Gesetz, das die Abstimmung über die Zukunft des Berner Juras im November 2013 vorbereitete. Das Integrationsgesetz konnte zwar nicht verhindert werden, immerhin aber ausufernde Forderungen von links-grüner Seite. Zudem konnten ein wichtiger Prüfauftrag im Zusammenhang mit der UPD Waldau sowie Verbesserungen im Bereich der Flugrettung im Kanton Bern durchgesetzt werden. Ein weiterer wichtiger Entscheid war schliesslich die Annahme der Forderung, den Personalbestand zu plafonieren und keine neuen Stellen mehr zu schaffen.

Märzsession

Personelles

Ende der Session schied Jean-Michel Blanchard aus dem Grossen Rat aus. Ich danke dir, Jean-Michel, für deinen Einsatz für die Fraktion, die Partei und den Kanton Bern!

Verhandlungen

Wichtig waren die Entscheide beim Spitalversorgungsgesetz, die grösstenteils im Sinne der SVP ausfielen. Dasselbe gilt bei den Beschlüssen zum Steuergesetz. Beim Integrationsgesetz hingegen unterlag die SVP-Fraktion. Bei den anderen Parteien zeigte sich eine unbegründete Angst vor dem Volk, denn der Antrag der SVP, das Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, wurde ausser von der EDU nicht unterstützt. Die Entscheide bei der Beratung des Waldgesetzes fielen im Sinne der SVP aus. Angenommen wurden die Änderungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (da gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen wurde, wird das bernische Stimmvolk am 9. Februar 2014 definitiv darüber befinden).

Bei der Beratung eines Vorstosses zur Schonung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Rahmen der Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes konnten wichtige Pflöcke eingeschlagen werden. Auch konnte ein weiterer Angriff auf die Notariatstarife verhindert werden. Wichtig abgelehnt wurde ein Vorstoss aus den Reihen der Grünen, der eine Plafonierung der Studiengebühren verlangt hatte. Leider wurde aber auch eine Motion zur Verhinderung von Standortnachteilen durch mittelfristige Senkungen der Unternehmenssteuer abgelehnt, weil alle Fraktionen ausser der SVP und der FDP sich den links-grünen Parteien anschlossen. Zudem wird – auch „dank“ des Ausscherens der BDP aus den bürgerlichen Reihen – die Quellensteuer für ausländische Sportler und Künstler ohne Wohnsitz in der Schweiz erhöht, was sich für den Standort Kanton Bern negativ auswirken könnte.

Junisession

Personelles

Béatrice Struchen wurde zur 1. Vizepräsidentin des Grossen Rates gewählt und Christoph Neuhaus zum Präsident des Regierungsrats. Herzliche Gratulation zur Wahl!

Mit ihrer Wahl zur 1. Vizepräsidentin trat Béatrice Struchen als Mitglied der Finanzkommission zurück. Ueli Jost wurde als Nachfolger gewählt.

Etienne Klopfenstein, Corgémont, wurde als Grossrat vereidigt. Willkommen, Etienne, in der Grossratsfraktion!

Bei den Wahlen als Ersatzmitglied des Obergerichts trat kein SVP-Kandidat an. Gewählt wurde der Kandidat der SP, eine Mitbewerberin der Grünen hatte ihre Kandidatur zurückgezogen.

Verhandlungen

Das Geschäft mit der grössten Medienwirksamkeit (wenn auch nicht der grössten Bedeutung) auch weit über die Session hinaus war die Beratung der Grossratsgesetzgebung. Künftig haben die Mitglieder des Grossen Rates zwar eine höhere Entschädigung, da aber gleichzeitig die Besteuerung dieser Entschädigung angehoben wurde, hat ein Grossratsmitglied schliesslich nicht mehr Geld im Portemonnaie als früher. Wichtig war der Grossratsbeschluss zur Initiative „Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern“, die von allen Fraktionen ausser der SVP abgelehnt wurde (die Initiative wurde erfreulicherweise vom Stimmvolk im November angenommen). Das Geschäft mit der grössten finanziellen Tragweite und der höchsten Komplexität war das Pensionskassengesetz. Der Rückweisungsantrag der SVP wurde zwar abgelehnt, immerhin konnten aber die von der SP geforderte Rückkehr zum Leistungsprimat ebenso abgelehnt werden wie eine Erstreckung der Frist zur Erreichung des Zieldeckungsgrads bis Ende 2051. Verschiedene Anträge, die die finanziellen Auswirkungen für den Steuerzahler abgemildert hätten, wurden leider aufgrund der unnachgiebigen Haltung der BDP, die sich als personalfreundliche und kompromissbereite Partei profilieren wollte, abgelehnt. Die SVP-Fraktion lehnte das Gesetz in der Schlussabstimmung schliesslich ab. Ebenfalls in erster Lesung beraten wurde das Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte. Hier konnte eine Rückkehr zum automatischen jährlichen Gehaltsaufstieg abgelehnt werden. In erster Lesung beraten wurden der Grossratsbeschluss und der Gegenvorschlag zur Initiative „Schluss mit gesetzlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer“, wobei eine Verschiebung der Beratung in die Septembersession verhindert werden konnte. In zweiter Lesung verabschiedet wurde das Spitalversorgungsgesetz, wobei die Entscheide grösstenteils im Sinne der SVP-Fraktion ausfielen.

Künftig müssen aufgrund einer angenommenen Motion aus den Reihen der SVP im Abstimmungsbüchlein die Abstimmungsbotschaften ausgewogen sein und Pro- und Kontra-Argumente sowohl zu Initiative wie auch zu Gegenvorschlag und Volksvorschlag enthalten. Leider abgelehnt wurde eine Forderung aus den Reihen der SVP, die 300kW-Grenze für Kleinwasserkraftwerke aufzuheben. Die paradoxe Haltung der Befürworter des Atomausstiegs zeigte sich hier einmal mehr. Ferner war auch die Jura-Abstimmung wieder ein Thema und es wurden diverse entsprechende Vorstösse behandelt. Ein wichtiger Vorstoss aus den Reihen der SVP, der die Aufhebung des Zuschusses nach Dekret verlangt, wurde angenommen. Auch wurde ein Vorstoss der bürgerlichen Fraktionspräsidenten zur ASP überwiesen, der unter anderem dazu führte, dass der Regierungsrat den ASP-Bericht bereits vor den Sommerferien veröffentlichte.

Septembersession

Verhandlungen

Wichtigstes Geschäft auch der Septembersession war das Pensionskassengesetz. Die SVP-Fraktion war mit ihren Verbesserungsvorschlägen zu diesem

Gesetz chancenlos, weshalb sie das Pensionskassengesetz schliesslich ablehnte. Die von der SVP-Fraktion vertretenen Anliegen sind aber zum grossen Teil in den vom Grossen Rat ebenfalls beschlossenen Eventualantrag aufgenommen worden. Dieser Eventualantrag hatte für die anderen Parteien hauptsächlich zum Zweck, einen Volksvorschlag zu verhindern. Sehr bedenklich war, dass der SVP-Antrag für ein obligatorisches Referendum abgelehnt wurde. Offenbar sprechen die anderen Parteien dem Stimmvolk entweder die Kompetenz ab, in dieser Sache entscheiden zu können, oder sie wollten sich nicht kurz vor den Wahlen positionieren müssen. Beides ist ein Armutszeugnis! Gut funktionierte die Zusammenarbeit der Bürgerlichen dagegen bei der Beratung der Initiative „Für faire Löhne“, die dem Stimmvolk zur Ablehnung empfohlen wird, und beim Gegenvorschlag zur Initiative „Schluss mit gesetzlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer“, der zur Annahme empfohlen wird. Intensiv diskutiert wurde der Armutsbericht. Leider konnte nicht erreicht werden, dass auf Armutsbekämpfungs-Massnahmen mit Kostenfolgen verzichtet wird. Die SVP lehnte den Bericht schliesslich ab. Die Beratung des Evaluationsberichts zu Police Bern dagegen fiel im Sinne der SVP aus. Leider konnten Kürzungen des Investitionsrahmenkredits Strasse nicht verhindert werden, dafür konnte aber ein Vorstoss abgelehnt werden, der den Ausbau der Kapazität des Strassennetzes für den Individualverkehr verhindert hätte.

Zu teilweise gehässigen Diskussionen und Angriffen von links-grüner Seite kam es während und nach der Beratung der Motion aus den Reihen der SVP, die Kostenoptimierungen bei der Sozialhilfe forderte und dank der Geschlossenheit der Bürgerlichen in allen Punkten angenommen wurde. Besonders stossend und den Gepflogenheiten des Grossen Rates widersprechend war die persönliche Erklärung des SP-Fraktionspräsidenten auf diesen Entscheid: Er schlachtete die in der Juni-Session beschlossene (und von der SP damals mehrheitlich mitgetragene!) Erhöhung der Grossratsentschädigung aus, um mit dem Finger auf die Bürgerlichen zu zeigen, die den Kostensenkungen bei der Sozialhilfe zugestimmt hatten. Dank einem Vorstoss aus den Reihen der SVP konnte der Regierungsrat beauftragt werden, die aufwändigen Arbeiten für ein kantonales Inventar für schützenswerte Landschaften einzustellen. Zudem konnte mit der Annahme eines weiteren Vorstosses erreicht werden, dass der Einbezug der Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder eingeschränkt wird. Dagegen konnte die Einführung eines kantonalen Jugendparlaments nicht verhindert werden. Dank der Geschlossenheit der Bürgerlichen wurde ein Vorstoss aus den Reihen der Grünen verhindert, der die Sicherheitsüberprüfungen des KKW Mühleberg neu dem OSART anstatt dem ENSI übertragen hätte. Dank eines überwiesenen Vorstosses wird sich die Archäologie künftig mehr auf das Wesentliche konzentrieren müssen. Zudem konnte die Abschaffung des Numerus Clausus für Humanmediziner verhindert werden. Auch werden neu für eine Einbürgerung mündliche Kenntnisse der am Wohnort üblichen Amtssprache vorausgesetzt. Wegen des Ausscherens der BDP wurde hingegen ein Prüfungsauftrag überwiesen, der verlangt, dass

Massnahmen geprüft werden, damit negative Auswirkungen des Pensionskassen- und des Lehreranstellungsgesetzes auf die Löhne verhindert werden.

Novembersession

Personelles

Grossrätin Bethli Küng trat als Mitglied der Finanzkommission zurück. Als Nachfolger wurde Fritz Wyss gewählt.

Als Ersatzmitglied des Obergerichts wurde die Kandidatin der Grünen gewählt und somit der Anspruch der Grünen gemäss Parteienproporz erfüllt.

Für die Wahl als Regionalrichterin deutscher Muttersprache kandidierten nach dem Bewerbungsrückzug dreier Kandidierender noch ein EVP-Mitglied und ein Mitglied der Grünen. Gemäss Proporz hätte die EVP Anspruch gehabt, es wurde aber die Kandidatin der Grünen gewählt und somit die Übervertretung der Grünen noch verstärkt.

Verhandlungen

Zentrale Geschäfte der Session waren der Bericht zur ASP sowie der Voranschlag 2014 und der Aufgaben-Finanzplan 2015-2017, die in einem wahren Marathon vom Mittwochvormittag der ersten Sessionswoche bis zum Mittwochnachmittag der zweiten Sessionswoche beraten wurden. Die Entscheide fielen grösstenteils im Sinne der SVP und der übrigen bürgerlichen Parteien aus, dies weil intensive Vorberatungen stattgefunden hatten und sich für einmal alle bürgerlichen Fraktionen auch an die Abmachungen hielten. So würde man sich eine bürgerliche Zusammenarbeit vorstellen! Dank der Geschlossenheit der Bürgerlichen wurden die teilweise sehr unsozialen Sparvorschläge der links-grünen Regierung entschärft und mit anderen Sparmassnahmen kompensiert. Die Vermutung liegt nahe, dass die Regierung bewusst unpopuläre Vorschläge gemacht hatte in der Annahme, dass diese ohne Kompensation abgelehnt würden und so der Weg für Steuererhöhungen frei würde. Glücklicherweise konnten die Bürgerlichen dies verhindern. Leider nicht verhindert werden konnte, dass im Zusammenhang mit der Erhöhung des Durchschnitts der Klassengrössen auch „stark überdurchschnittlich betreuungsintensive Klassen aus pädagogisch-sozialen Gründen“ als Härtefälle gelten. Dies bietet insbesondere Schulen in Städten und Agglomerationsgemeinden die Möglichkeit, die Klassengrösse nicht erhöhen zu müssen. Auch gelang es mangels bürgerlicher Geschlossenheit nicht, das Projekt „Bildung und Kultur“ zu sistieren.

Im Rahmen der ASP- und Budgetberatung wurden auch Vorstösse beraten. Abgelehnt werden konnte die Fraktionsmotion der SP, die eine befristete Steuererhöhung verlangt hatte. Auch konnten weitere Angriffe im Bereich der Besoldung und Finanzierung von Pfarrstellen abgelehnt werden. Leider wurde aber die Motion aus den Reihen der SVP abgelehnt, die einen Stellenabbau in der Zentralverwaltung gefordert hatte, um damit auf vorgesehene Kürzungen bei der Betreuung von Kranken, Älteren und Behinderten verzichten zu können.

Ausserhalb der Haushaltsdebatte wurden relativ wenige Geschäfte beraten, es wurden aber wichtige Entscheide gefällt. So gelang es, einen Gegenvorschlag zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ zu verhindern und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Zwei parlamentarische Initiativen wurden unterstützt; mit der einen würde die Stellung des Parlaments gestärkt und mit der anderen die Regeln zu Volksvorschlag und Eventualantrag angepasst. Die Änderungen des Publikationsgesetzes und des Gesetzes über die Finanzkontrolle wurden ohne Gegenstimmen beschlossen. Ein wichtiges Kreditgeschäft war der Beitrag zur Sanierung des Stadttheaters Bern, der schliesslich gegen den Willen der SVP angenommen wurde. Ohne Änderungen angenommen wurde das Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen. Auch der Bericht zur Optimierung der Neuen Verwaltungsführung NEF wurde ohne Planungserklärungen angenommen, dies, weil die darin aufgeführten Verbesserungsvorschläge das Arbeiten mit NEF für die Grossratsmitglieder erleichtern sollten. Die SVP wird NEF aber weiterhin kritisch beobachten und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt handeln.

Der Regierungsrat muss prüfen, eine Datenbank für potenziell gefährliche Personen anzulegen und die Möglichkeit zu schaffen, diese Personen der Polizei zu melden. Weiter muss der Regierungsrat einen Bericht zur Strategie der Verselbständigung der kantonalen Psychiatrieinstitutionen erarbeiten. Gegen den Willen der SVP abgeschrieben wurde die Forderung, Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen so auszugestalten, dass den Gemeinden keine Mehrkosten entstehen.

Peter Brand, Grossrat und Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2013 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzgebungsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die ausführlichen Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen und auf www.svp-bern.ch heruntergeladen werden):

Änderung des Gesetzes über Gewässerunterhalt und Wasserbau (WBG) (04.01.2013)

Die SVP begrüsst die Gesetzesänderung in den Punkten Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben zum Gewässerraum für ausgewählte Gewässer (inkl. Revitalisierungspflicht gemäss Bundesrecht) sowie Stärkung der Führungsrolle des Kantons durch die Übernahme der Wasserbaupflicht an der Aare. Nicht einverstanden ist sie damit, dass die Regierungsstatthalter als grosse Know-how-Träger im Wasserbau nicht mehr die Einigungsverhandlungen führen sollen. Als unverhältnismässiger Eingriff in die Eigentumsfreiheit der betroffenen Grundeigentümer wird die Bestimmung taxiert, wonach ersatzweise über bundesrechtliche Bestimmungen hinaus eine Breite von min. 45 m als Gewässerraum gilt. Die SVP fordert, diese Bestimmung zu streichen. Weiter verlangt sie, der Bekämpfung von Neophyten auch ausserhalb des Gewässerraumes grosse Beachtung zu schenken. Schliesslich ist der Melde- und Informationsfluss wie bisher beizubehalten, da die Regierungsstatthalter bei a.o. Lagen wie etwa Hochwasser wichtige Führungs- und Koordinationsaufgaben erfüllen und über sämtliche wichtigen Informationen verfügen müssen.

Formale Totalrevision des Kantonalen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes 2014 (17.01.2013)

Die SVP ist mit den geplanten Änderungen grundsätzlich einverstanden, da die Gesetzesrevision zum Ziel hat, dass den Gemeinden und dem Kanton mit dem Zivilschutz auch in Zukunft eine gut ausgebildete und ausgerüstete Organisation als Partnerin der Blaulichtorganisationen zur Verfügung steht. Insbesondere wird begrüsst, die WK-Dauer von zwei Tagen, die sich in der Praxis nicht bewährt hat, zu verlängern, da diese dem Aufbau und Erhalt von Know-how dient. Wichtig ist, dass bei der Anpassung der Standards und der Formulierung neuer Anforderungen darauf geachtet wird, dass das Augenmass gewahrt wird und das Kosten-Nutzenverhältnis vernünftig bleibt.

Bericht über die Evaluation und Optimierung der Neuen Verwaltungsführung NEF / Änderung des Gesetzes über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG) (21.01.2013)

Die SVP lehnt die so genannte Optimierung des NEF und die damit verbundenen Gesetzesanpassungen ab. Sie fordert einen Marschhalt und eine umgehende Rückkehr zum alten System. Bereits 2011 wurde festgestellt, dass NEF die Hauptzielsetzung einer ausschliesslichen Steuerung der staatlichen Aufgaben und Leistungen über Leistungs- und Wirkungsziele nicht erfüllt hat. Die

SVP forderte damals erfolglos, die richtigen Konsequenzen zu ziehen; eine Rückkehr zum alten System wurde nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, obwohl dieses erwiesenermassen eine höhere Transparenz und effektivere Steuerungsmöglichkeiten für das finanzkompetente Organ, den Grossen Rat, ermöglichen würde. Mit der nun vorgeschlagenen Gesetzesrevision wird der 2011 eingeschlagene Weg in der falschen Richtung fortgeführt, wobei die Mängel sogar noch verschärft werden, namentlich indem die Zahl der Produktgruppen noch reduziert wird. Die Einflussmöglichkeiten des Grossen Rates werden damit weiter verringert.

Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zur interkantonalen Vereinbarung über die Fachhochschule der Westschweiz und zur interkantonalen Vereinbarung über die Hochschule Arc Bern-Jura-Neuenburg (07.03.2013)

Die SVP ist mit dem Gesetz einverstanden und verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme insbesondere auch deshalb, weil inhaltliche Änderungen ohnehin ausgeschlossen sind.

Totalrevision der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) (08.03.2013)

Die SVP mit der Verordnung einverstanden und stellt fest, dass die Neuerungen des Gesetzes in der Verordnung korrekt umgesetzt worden sind.

Änderung des Wassernutzungsgesetzes (WNG) (15.03.2013)

Die SVP lehnt die Gesetzesänderungen dezidiert ab. Erstens scheint die Revision eine (Über)-Reaktion auf den Konzessionsentscheid des Grossen Rates betreffend KW Sousbach zu sein, welcher nicht im Sinne des AWA und des Regierungsrates ausgefallen war. Bis das diesbezüglich laufende Verfahren abgeschlossen ist, ist es nicht sinnvoll, die Gesetzesrevision durchzuführen. Zweitens würden die vorgeschlagenen Änderungen zu einer klaren Kompetenzverschiebung in die Verwaltung (AWA) und somit zu einer Entmachtung von Regierungsrat und Grosse Rat führen. Drittens würde die Veröffentlichung von Konzessionsgesuchen mit einer anschliessenden 3-Monats-Eingabefrist für Konkurrenzgesuche für Neubauprojekte und Konzessionserneuerungen faktisch zu einer „Ausschreibung“ aller auslaufenden Konzessionen führen mit dem Risiko, dass kantonal tätige Kraftwerksgesellschaften bestehende, gewichtige Konzessionen beim Heimfall verlieren könnten. Viertens schliesslich sind die Beurteilungskriterien nach wie vor unklar, die SVP äussert sich detailliert zu den einzelnen Parametern. Diese allgemeinen Aussagen werden in den Bemerkungen der SVP zu einzelnen Artikeln konkretisiert, zudem wird eine verbindliche Regelung gefordert, wonach vergleichbare Projektunterlagen eingereicht werden müssen.

Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG) (Änderung) (15.04.2013)

Die SVP sieht in der Neuausrichtung der Finanzierung und Steuerung der höheren Berufsbildung eine Chance, die Förderung für die Zukunft zu sichern.

Somit darf die Neuausrichtung nicht eine Sparvorlage sein, welche die duale berufliche Ausbildung gegenüber der akademischen Ausbildung ins Hintertreffen geraten lässt und das bewährte Schweizer Konzept gefährdet. Stattdessen gilt es, Optimierungen vorzunehmen, welche das System von unnötigem Verwaltungsaufwand und wettbewerbshindernden Fesseln befreien und zu einem kostenoptimierten und qualitativ hochstehenden Angebot führen. Die SVP weist auf Risiken der Vorlage hin und fordert, dass das Unterfangen mit entsprechender Umsicht anzugehen ist. Weiter äussert sie sich über die Ratifizierung der Interkantonalen Höheren Fachschulvereinbarung, den Wechsel von der Aufwand- zu einer Teilnehmerfinanzierung bei den Vorbereitungskursen, die Vorbereitungslehrgänge BP und HFP und die Förderung von Studiengängen mit besonderem öffentlichem Interesse. Schliesslich hält sie fest, dass eine haushaltneutrale Umsetzung begrüsst wird, dass das Ziel aber ein optimales Angebot und eine nachhaltige Basis für die Zukunft des dualen Ausbildungssystems sein muss und einem gänzlichen Verzicht auf Förderung der höheren Berufsbildung nicht zugestimmt würde.

Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBG) (23.05.2013)

Die SVP hält fest, dass mit der Revision primär die Schwellenwerte im Kanton Bern an die Vorgaben der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) angepasst und zwei geringfügige Anpassungen bei Art. 6 ÖBG vorgenommen werden sollen. Begrüsst wird insbesondere die Anpassung (Erhöhung) der Schwellenwerte an die Vorgaben der IVöB, da damit die „Sonderlösung“ im Kanton Bern im Interesse der Wirtschaft aufgehoben wird. Vorgeschlagen wird, auf die Möglichkeit für Gemeinden, tiefere Schwellenwerte vorzusehen, zu verzichten, da dies das Gewerbe zu stark beeinträchtigen würde und dem Grundgedanken der Vereinheitlichung zuwiderliefe.

Gegenvorschlag zur Initiative „Mühleberg vom Netz“; Ergänzung der Kantonsverfassung (31.05.2013)

Die SVP lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag des Regierungsrates klar ab, denn die Abstimmung über „Bern erneuerbar“ vom 3. März 2013 hat klar gezeigt, dass in Sachen Energiepolitik kein Alleingang, keine unbesonnenen Vorentscheide und bestimmt auch kein Gegenvorschlag gewünscht ist, welcher einen Kompromiss darstellen soll, aber Teil einer ideologischen Salami-taktik der Berner Regierung ist. Zudem ist auch den Interessen der BKW Rechnung zu tragen, die eine möglichst grosse unternehmerische Handlungsfreiheit benötigt. Die SVP hält fest, dass das KKM im Interesse der Versorgungssicherheit, der rund 500 direkten und indirekten Arbeitsplätze und des bernischen Volksvermögens solange weiter betrieben werden soll, wie dies dessen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit erlaubt, und dass die in der Initiative und dem Gegenvorschlag geforderten starren Laufzeitbegrenzungen die unternehmerische Handlungsfreiheit einschränken und weder die Rechts-

noch die Planungssicherheit erhöhen und zudem die Gefahr von teuren Schadenersatzklagen bergen. Die SVP lehnt deshalb jede Befristung der KKW-Laufzeiten vehement ab und begründet ihre Haltung mit diversen Fakten.

Kantonales Inventar der schutzwürdigen Landschaften: Entwurf (08.07.2013)

Die SVP hält fest, dass sie eine angemessene Schutzwürdigkeit der Landschaft nicht in Frage stellt, dass dabei aber die übrigen kantonalen Anliegen wie Siedlungsentwicklung, landwirtschaftliche Nutzung usw. angemessen mitberücksichtigt werden sollten. Da regionale Planungsgremien und in erster Linie die Gemeinden bereits umfangreiche Inventare und Zonenpläne erstellen, welche die regionalen und lokalen Gegebenheiten und Anliegen umfassend berücksichtigen, sollten etwaige Lücken ebenfalls von diesen Gremien geschlossen werden. Schutzwürdige Landschaften von kantonalem, eidgenössischem und internationalen Interesse werden zudem bereits durch zahlreiche Inventare und Schutzperimeter ausreichend berücksichtigt. Die SVP kritisiert, dass bei der Erarbeitung des vorliegenden Inventarentwurfs die Gremien und die betroffenen Gemeinden nicht miteinbezogen wurden. Zudem sind weder die Ziele noch das Vorgehen bei der Erarbeitung des Inventars nachvollziehbar. Die resultierende Fläche vom 120'000 ha ist unverhältnismässig und die daraus entstehenden Einschränkungen sind nicht akzeptabel. Die SVP lehnt das Inventar ab und schliesst sich einer Motionsforderung an, welche die sofortige Einstellung der kostenintensiven Planungen fordert.

Spitalversorgungsverordnung (24.07.2013)

Die SVP begrüsst den Entscheid des Regierungsrats, die Grossratskommission zur Umsetzung der Versorgungsplanung und des Spitalversorgungsgesetzes (SpVG) auch in den Entscheidungsprozess zur SpVV miteinzubeziehen, obschon die Verordnung in der Kompetenz und auch der Verantwortung des Regierungsrats liegen würde. Sie betont, dass es wichtig ist, dass die hängigen Fragen wie versprochen partnerschaftlich zusammen mit den Leistungserbringern erarbeitet werden. Kritisch äussert sich die SVP zu den Artikeln betreffend Umfang und Auswertung des Lebenszyklusmanagements.

Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG); Aufhebung der Befristung (15.08.2013)

Die SVP hatte das PMG bereits bei der Vernehmlassung zu dessen Einführung abgelehnt und unter anderem festgehalten, dass staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt und damit die Bevorzugung einzelner Marktteilnehmer möglichst verhindert werden sollten. Sie erachtet das PMG nach wie vor als nicht geeignet für die Förderung des Angebots günstiger Mietwohnungen. Die SVP hält zudem fest, dass es mehr als fragwürdig ist, wenn während der ASP ein Gesetz mit kaum messbaren Wirkungen und die damit verbundenen Ausgaben aufrechterhalten werden soll. Die Aufhebung der Befristung des Gesetzes wird somit abgelehnt.

Gesetz über die Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (06.09.2013)

Die SVP stellt fest, dass Bestimmungen aus der Dringlichkeitsverordnung weitgehend in das Gesetz übernommen wurden und dass ein grosser Teil übergeordnetem Bundesrecht untersteht. Sie fordert, dass sichergestellt wird, dass trotz Verselbständigung die Löhne der von BBSA übernommenen Mitarbeiter das Niveau der Löhne der kantonalen Verwaltung nicht übersteigen. Zudem fallen durch das neue Gesetz gerade bei Klein- und Familienstiftungen unverhältnismässig hohe Aufsichtskosten an, weshalb die SVP fordert, diesbezüglich entsprechende Anpassungen zur Entlastung vorzunehmen.

Bericht des Regierungsrates zum gymnasialen Unterricht im 9. Schuljahr im Kanton Bern (13.09.2013)

Die SVP unterstützt den vierjährigen, ungebrochenen gymnasialen Bildungsgang und favorisiert das Modell „Quarta“, da damit die Klassen von der Quarta bis zur Matur in der gleichen Zusammensetzung bleiben und somit die Lehrinhalte kontinuierlich vermittelt werden können und die Zeit für das Aufholen von noch nicht vermittelten Inhalten bei den Schülern, die aus dem GU9 in die Tertia eintreten, entfällt. Zudem besuchen im Kanton Bern bereits heute gut zwei Drittel der Schüler die Quarta an einem Gymnasium und parallele Strukturen, wie sie in den Agglomerationen bestehen, machen keinen Sinn. Aus finanzpolitischen Gründen wird die Variante 9/4, die zudem die Schulzeit um ein Jahr verlängern würde, abgelehnt. Die SVP fordert, dass die Umsetzung des Modells Quarta mit möglichst grossen Einsparungen oder mindestens kostenneutral umgesetzt wird. Zudem ist aufzuzeigen, wie die Frage der langen Schulwege aus abgelegenen Regionen gelöst werden kann und wie das neunte Schuljahr auch an der Sekundarstufe optimiert werden kann, damit dieses die Schüler optimal auf den Einstieg ins Berufsleben oder die Sekundarstufe 2 vorbereitet. Gefordert wird deshalb, dass die Optimierung des 9. Schuljahres mit der Umsetzung der Quarta-Lösung erfolgen muss.

Kantonale Konsultation Lehrplan 21 (04.10.2013)

Die Konsultation erfolgte in der Form eines Fragebogens, die SVP hielt aber zahlreiche Kritikpunkte in den einleitenden Bemerkungen zum Fragebogen fest. Kritisiert wird, dass der Lehrplanentwurf zu lang, zu ausführlich, zu unübersichtlich und zu akademisch ist. Die SVP weist darauf hin, dass zahlreiche ideologische Elemente eingeflossen sind, was auch deshalb stossend ist, weil der Lehrplan von der demokratischen Diskussion ausgeschlossen ist, da er von der Erziehungsdirektorenkonferenz, nicht aber vom Parlament verabschiedet wird. Festgehalten wird, dass der Lehrplan durch den Umfang für Lehrpersonen, Eltern und Lehrbetriebe schwierig handhabbar wird. Weiter ist die Zahl der zu erreichenden Kompetenzen, die zudem noch in Zwischenschritte aufgeteilt sind, zu hoch und der Lehrplan auch deshalb zu unübersichtlich. Auch sind etliche Kompetenzen zu offen und ohne inhaltliche Anhaltspunkte formuliert, was die Gefahr birgt, dass der Unterricht inhaltlich beliebig wird. Zudem wird ein zu grosses Gewicht auf Lerninhalte gelegt, die spä-

ter für die Lehrbetriebe und die Wirtschaft wenig Nutzen bringen, den Lehrplan überladen und dazu führen können, dass die Schule mehr und mehr verpolitisiert wird (z.B. Gender, kulturelle Identitäten usw. im Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft). Die SVP lehnt diese Tendenzen ab. Sie fordert zudem eine detaillierte und objektive Auswertung der bisherigen Erfahrungen mit Frühfranzösisch vor einer definitiven Entscheidung zur Weiterführung des Unterrichts in der ersten Fremdsprache im dritten Schuljahr. Offene Fragen bleiben betreffend die Menge der neuen Lehrmittel im Kanton Bern, die Kostenfolgen der Weiterbildung der Lehrkräfte in Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 und die Auswirkungen des Lehrplans 21 auf den kantonalen Lehrplan.

Die SVP äussert sich auch detailliert zu Fragen des Fragebogens. Bemängelt wird beispielsweise, dass in den Bildungszielen fehlt, dass die Volksschule primär der Vorbereitung auf das Berufsleben, eine Lehre oder eine weiterführende Schule dient, und dass im Lehrplan die Kompetenzen betreffend Staatsaufbau, Konzept des Nationalstaats und christlich-abendländische Kultur als Grundlage unseres Staatswesens ausgeblendet werden.

Gesetz über den Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen (InvFG) (Änderung) (18.11.2013)

Die SVP lehnt die Gesetzesänderung ab und erinnert daran, dass das auf fünf Jahre befristete Gesetz respektive die Einführung des Investitionsfonds von Anfang an umstritten war und die SVP bereits damals darauf hingewiesen hatte, dass der Fonds dem Sinn und Geist der beiden verfassungsmässigen Schuldenbremsen, welche vom Berner Volk jeweils deutlich angenommen wurden, zuwiderläuft. Der Volkswille im Zusammenhang mit den beiden Schuldenbremsen war, dass laufende Rechnung und Investitionsrechnung ausgeglichen oder positiv abschliessen müssen und dass in guten Jahren der Bilanzfehlbetrag und wenn möglich auch die Schulden abgebaut werden müssen. Sollte es je wieder gelingen, Überschüsse zu generieren, sind diese zum Abbau des Bilanzfehlbetrages und wenn möglich der Schulden zu verwenden und nicht in den Fonds einzulegen. Die SVP hat denn auch ihre Haltung im Vergleich zum Jahr 2009 nicht geändert, weshalb sie die Abschaffung der Befristung ablehnt. Die vorhandenen Mittel des Fonds sind bis zum 1. April 2015 zu entnehmen oder anschliessend in die laufende Rechnung zu überführen.

Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG) (Änderung) (02.12.2013)

Die SVP nimmt die Anpassung der Zulassungsbedingungen für die Bachelor-Studiengänge auf der Vorschul- und Primarstufe und der Sekstufe I an die Vorgaben des eidg. Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes HFGK zustimmend zur Kenntnis, ebenso wie die Möglichkeiten des Rektors der PH zur Kompetenzdelegation für die Anstellung von Mitarbeitenden mittels Reglement sowie für die Verleihung von Diplomen im Bereich Weiterbildung, Zertifikaten und weiteren Bescheinigungen. Kritisch steht die SVP den vorgeschlagenen Änderungen gegenüber, dass die Kompetenz des Regierungsrats, von

der allgemeinen Personalgesetzgebung abweichende Regelungen zu erlassen, erhöht werden soll, und dass die Zulassungsbedingungen für den Studiengang Schulische Heilpädagogik gemäss den Minimalvorgaben der EDK (Art. 27 PHG) gelockert werden sollen. Mit dieser Lockerung soll zwar dem Mangel an Sonderpädagogen begegnet werden, was aber eine reine Symptombekämpfung darstellt, da die eigentliche Ursache des Mangels an Sonderpädagogen (der Integrationsartikel im Volksschulgesetz) unberührt bleibt, obwohl unbestritten ist, dass dieser zu einem regelrechten Therapiewahn und zur Ankurbelung eines Therapiemarkts geführt hat und somit ein kostspieliges Bedürfnis an Sonderpädagogen geschaffen wurde.

Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (Fa-mELG) (15.12.2013)

Die SVP Kanton Bern hat zwar Verständnis für das Anliegen, für Familien optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, erachtet es aber auch als vordringlich, dem bernischen Staatshaushalt angesichts der grossen Herausforderungen, die im Gesundheitsbereich auf den Kanton zukommen, nicht noch weitere neue Aufgaben aufzubürden. Daher deckt sich die Auffassung der SVP Kanton Bern mit der Haltung der vorberatenden Kommission, welche die Einführung von Familienergänzungsleistungen ablehnt. Zudem ist die soziale Sicherheit im Kanton Bern umfassend und flächendeckend gewährleistet und alle Bedürftigen haben Zugang zu Unterstützungsleistungen. Dies gilt auch für einkommensschwache Familien und es wäre heikel, den Grundsatz der Eigenverantwortung durch neue zusätzliche Staatsleistungen weiter zu unterhöhlen und den Staatsapparat weiter aufzublähen, was wiederum die Steuerzahlenden und damit auch die Familien berappen müssten.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2013 13 Mal. Neben den ordentlichen Aufgaben beschäftigte die Geschäftsleitung zu Beginn des Jahres die Neustrukturierung der Kantonalpartei mit den damit verbundenen Statutenänderungen, zudem wurden die Vorbereitungsarbeiten für die kantonalen Wahlen 2014 aufgenommen.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2013 tagte der Parteivorstand 5 Mal, aufgrund der Reorganisation der Kantonalpartei und zur Besprechung des Wahlkonzepts war eine ausserordentliche Sitzung notwendig. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden vom Parteivorstand im Jahr 2013 folgende Geschäfte behandelt:

- Organisation der Partei (Statuten, Organigramm, Wahlvorschläge)
- Finanzierung der Partei (Finanzplan, Massnahmen, Finanzierung der Wahlen)
- Gross- und Regierungsratswahlen
- Referendumskämpfe (Integrationsgesetz, Pensionskassengesetz)
- Jahresbericht 2012, Finanzen (Jahresrechnung 2012, Budget)
- Ersatzwahl ZV SVP Schweiz
- Referenden/Initiativen (AP 2014-2017, Kulturland-Initiative Lobag, Projekt „Landesrecht vor Völkerrecht“)
- Wahlen 2014 (Wahlplattform, Zeitplan, Slogan, Plakatierung)
- Grundsatzentscheid betreffend BEA-Präsenz

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg 22. Januar 2013

- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
 - Bundesbeschluss über die Familienpolitik
 - Volksinitiative «gegen die Abzockerei»
 - Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz)

- Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:
 - Volksinitiative «Bern erneuerbar» und Gegenvorschlag des Grossen Rates
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

2. Mai 2013

- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
 - Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»
 - Änderung des Asylgesetzes (AsylG)
- Jahresbericht 2012
- Finanzen
 - Jahresrechnung
 - Budget
- Statutenänderung
- Wahlen GL
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Salle de la Marelle, Tramelan

14. August 2013

- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
 - Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
 - Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
 - Referendumsabstimmung über die «Liberalisierung der Öffnungszeiten der Tankstellenshops» (Änderung des Arbeitsgesetzes)
- Nomination für die Regierungsratswahlen
 - Regierungsrat Christoph Neuhaus, Belp
 - Grossrat Manfred Bühler, Cortébert
- Tombola-Ziehung
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

15. Oktober 2013

- Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:
 - Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»
 - Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»

- Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz NSAG)
- Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:
 - Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»
- Nomination und Wahlkampfauftakt Grossratswahlen
- Verschiedenes / Anträge der Wahlkreise und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie (BVE)

Es lohnt sich, dieser schwergewichtigen Direktion, welche einen grossen Teil der Investitionen verschlingt, ein spezielles Augenmerk zu schenken. Der Kürze halber seien hier nur zwei Teilbereiche hervorzuheben.

Im Bereich Verkehr haben wir uns mit dem leidigen Thema „warum wird der Individualverkehr immer gegen den öffentlichen Verkehr ausgespielt“ befasst. Herrn Wolf-Dieter Deuschle, dem Leiter des Büros für öffentlichen Verkehr im Kanton Bern, haben wir anlässlich einer Mittagsveranstaltung unseren Unmut mitgeteilt. Ein Grossteil der Einnahmen, welche der Individualverkehr generiert, wird zweckentfremdet und fliesst in den öffentlichen Verkehr. Das ist mehr als ärgerlich und es darf einfach nicht sein, dass der Individualverkehr mehr und mehr gegen den öffentlichen Verkehr ausgespielt und auch behindert wird. Wir haben unsere Bedenken am richtigen Ort platziert, Einfluss genommen und müssen weiter dran bleiben.

Im Bereich Bau hat uns das Projekt „Neubau Vollzugszentrum Frauen Witzwil“ geärgert. Beim Besuch in der Frauenanstalt Hindelbank hat Frau Keller, die Gefängnisleiterin, aufgezeigt, dass der Standort nicht mehr den heutigen Vorstellungen einer zeitgemässen Gefängnisanlage entsprechen kann. Geplant war ein Grossprojekt in der näheren Umgebung von Witzwil. In der vorbereitenden Kommission wurden alle Fragen, auch die kritischen, durch die beiden anwesenden Regierungsräte, Baudirektorin Frau Barbara Egger und dem Polizeidirektor Herr Hans-Jürg Käser so beantwortet, dass keine Zweifel bezüglich Standort angebracht schienen. Grossrat Fritz Ruchti, Mitglied unserer Fachkommission, welcher nicht Mitglied der vorbereitenden Kommission war, hat aber nicht locker gelassen und weiter recherchiert und auch einen Vorstoss eingereicht. Und er erhielt Recht. Das Projekt wurde sistiert. Dies zeigt, dass das kritische Hinterfragen ein wichtiger Teil der politischen Arbeit ist.

Auch in der kommenden Legislatur wird es unumgänglich sein, die sehr komplexen Geschäfte dieser Direktion genau anzuschauen. In diesem Sinne verabschiede ich mich als Präsident der SVP-Fachkommission und wünsche der SVP-Fraktion im Grossen Rat weiterhin alles Gute, viel Erfolg und freue mich, von weiteren Aktionen der aktiven SVP Fraktion zu lesen.

Carlo Kilchherr, Grossrat, Thun

Herzlichen Dank für deine tolle Arbeit!

Deine Kommissionsmitglieder!!!

Erziehung (ERZ)

Im Jahr 2013 gehörten folgende Fraktionsmitglieder der Fachkommission ERZ an: Sabina Geissbühler, Anne-Caroline Graber, Bethli Küng, Beatrice Struchen, Käthi Wälchli, Ueli Augstburger, Alfred Bärtschi, Peter Brand und ich. Zur Vorberatung der Geschäfte der Erziehungsdirektion hat die Kommission jeweils vor den Fraktionssitzungen getagt.

Das vergangene Jahr war in thematischer Hinsicht geprägt von zwei gewichtigen Gesetzesvorlagen, welche beide die Lehrerschaft betrafen: Die Teilrevision des Lehreranstellungsgesetzes (LAG) beinhaltete im Wesentlichen eine Neuregelung des Gehaltsaufstiegs von Lehrerinnen und Lehrern. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat konnte erreichen, dass der Gehaltsaufstieg nicht automatisch, sondern alljährlich im Rahmen der Budgetierung des Staatshaushalts erfolgt. Das Parlament behält somit die Zügel in der Hand. Das revidierte Pensionskassengesetz (PKG) regelt im Wesentlichen den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat und die Sanierung der beiden kantonalen Pensionskassen – der Lehrerversicherungskasse BLVK und der Bernischen Pensionskasse BPK. Der Hauptvorlage wurde ein Eventualantrag zur Seite gestellt, der die Berner Steuerzahlenden rund Fr. 200 Mio. weniger kosten würde. Beide Gesetze wurden in der Septembersession verabschiedet. Gegen das PKG wurde inzwischen erfolgreich das Referendum ergriffen. Die Vorlage gelangt am 18. Mai 2014 zur Abstimmung.

Im Übrigen zeichnete die Fachkommission ERZ 2013 verantwortlich für die Ausarbeitung der Vernehmlassungen zur Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG), zum Bericht des Regierungsrates zum gymnasialen Unterricht im 9. Schuljahr im Kanton Bern sowie zur Änderung des Gesetzes über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG).

Ich danke meinen Kommissionsmitgliedern für die interessante und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Finanzen und Verwaltung (FIN)

Im Jahre 2013 tagte die Kommission an fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session sowie zusätzlich an einer Sondersitzung zur Vorbereitung von Anträgen für den Voranschlag 2014. Nebst der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse der einzelnen Sessionen behandelte die Kommission die nachstehend erfassten Schwerpunkte. Zudem fand am 8. Juli 2013 eine ausseror-

dentliche Sitzung der Gesamtfraktion statt mit dem Thema Finanzen/Erkenntnisse aus der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP.

Die **Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer des HEV** beschäftigte die interne FiKo auch dieses Jahr. Bei einer Annahme fallen Einnahmen von über 120 Millionen weg. Seitens der SVP würde eigentlich die Abschaffung dieser unsinnigen Steuer befürwortet. Wegen der Finanzlage helfen aber die anderen bürgerlichen Parteien nicht mit. Die Kommission hatte einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, wonach die Handänderungssteuer bei Eigenheimen bis zu einem Betrag von Fr. 800'000.- wegfällt. Die entsprechenden Beratungen haben im 2013 im Grossen Rat nun stattgefunden, der Gegenvorschlag fand eine Mehrheit und der Hauseigentümergebund hat daraufhin die Initiative zurückgezogen. Der Gegenvorschlag kommt am 18. Mai 2014 zur Abstimmung. Es muss alles daran gesetzt werden, dass wenigstens dieser Kompromissvorschlag angenommen wird. Ein kleines Zeichen zur steuerlichen Entlastung für Eigentümer von Liegenschaften.

Die **Revision des Pensionskassengesetzes** prägte die Debatten der Sessionen Juni und September. Es handelt sich um eine sehr komplexe und technische Vorlage, es geht um Milliarden. Der längst fällige Primatwechsel soll vollzogen und die Kassen in ein finanzielles Gleichgewicht gesetzt werden. Gemäss Vorschlag des Regierungsrates und der vorberatenden Kommission soll überwiegend der Steuerzahler für die bestehende Unterdeckung der Kassen aufkommen. Der Grosse Rat hat jedoch zusätzlich einen sogenannten Eventualantrag beschlossen, welcher für den Kanton etwas günstiger ausfällt. Über diesen kann jedoch nur abgestimmt werden, wenn gegen die Hauptvorlage das Referendum ergriffen wird. Dieses Referendum ist in der Zwischenzeit zustande gekommen und somit kommt es am 18. Mai 2014 auch bei dieser Vorlage zu einer Volksabstimmung. Man darf darauf gespannt sein, was für eine Parole die SVP beschliessen wird. Denkbar ist ein JA zum Eventualantrag oder ein doppeltes NEIN. Die Hauptvorlage muss abgelehnt werden.

Voranschlag/Finanzplan: Die immer schlechter werdenden Finanzen dominieren das politische Geschehen im Kanton Bern. Die Regierung legte im Sommer die Resultate der ASP vor, welche durch einen externen Spezialisten vorgenommen wurde. Entsprechend dem Benchmark (Vergleich mit anderen Kantonen) wurden von der Regierung in denjenigen Bereichen Sparanträge gestellt, wo der Kanton überproportional Geld ausgibt. Dies führte zu zahlreichen Reaktionen, da sensible Bereiche wie Spitex, Behindertenorganisationen, Schulklassen, etc. betroffen waren. Diverse Vorstösse zur Abänderung der Vorschläge des Regierungsrates wurden eingereicht. Die kantonale Finanzkommission legte ebenfalls eigene Vorschläge vor. Oberstes Ziel war ein ausgeglichener Voranschlag 2014. Nach einer Marathondebatte im November 2013 konnte dieses Ziel erreicht werden. Der bürgerlichen Mehrheit gelang es, auch dank starkem Engagement der SVP-Finanzexponenten, in verschiede-

nen Bereichen den eigenen Vorschlägen zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Schönheitsfehler blieb jedoch: Die Erträge der Nationalbank wurden im Vorschlag wie bisher berücksichtigt, obwohl bereits damals klar war, dass diese mehr als ungewiss sind. In der Zwischenzeit wissen wir, dass diese Erträge wegfallen und sich die Finanzlage weiter verschlechtern wird. Auch im Jahr 2014 werden die Finanzen das dominante Thema bleiben. Es muss alles daran gesetzt werden, dass die Schulden nicht weiter anwachsen und die jetzt schon zu hohen Steuern nicht etwa noch erhöht werden. Ausgabendisziplin ist angesagt. Die SVP wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Gesundheit und Fürsorge (GEF)

Im Berichtsjahr hat die SVP-Fraktion ein Zeichen von nationaler Bedeutung gesetzt. Der Vorstoss von Grossrat Ueli Studer zum Thema „Kürzung der Ansätze in der Sozialhilfe“ fand weit über die Kantonsgrenzen hinaus viel Beachtung. Die Motion hatte zwei Ziele:

- Die Ansätze im Kanton Bern sollen 10% tiefer liegen, als die Richtlinien der SKOS dies vorsehen
- Der Grosse Rat soll gegenüber der Regierung mehr Kompetenzen in dieser Angelegenheit erhalten

Die Debatte wurde zu einer Grundsatzdiskussion über die SKOS, die Mitgliedschaft bei der SKOS sowie deren mehr oder weniger verbindliche Ansätze in der Sozialhilfe. Es darf als Grosse Erfolg für die SVP gewertet werden, dass die Motion im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden hat.

Das eigentliche Schwerpunktthema 2013 war aber das Spitalversorgungsgesetz. Das Gesetz wurde in zwei Lesungen beraten und verabschiedet. Dank der gut funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit konnten verschiedene Anliegen der rot-grünen Regierung in diesem Gesetz abgewendet werden. Namentlich z.B. eine unnötige Lenkungsabgabe. Weitere wichtige Themen für die Kommission waren das Integrationsgesetz in der Januarsession und die Führungskrise in den UPD Waldau.

Donat Schneider, Grossrat, Diessbach

Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)

Der JGK-Ausschuss tagte ausschliesslich vor den Fraktionssitzungen. An diesen Sitzungen nahm mehrheitlich auch Regierungspräsident und Justizdirektor Christoph Neuhaus teil.

Im Berichtsjahr, welches im Bereich der JGK nicht als sonderlich intensiv bezeichnet werden kann, hatten wir insgesamt zu zwei Krediten, 18 Motionen, zwölf Interpellationen, einem Postulat, einem Bericht und einem Gesetz Stel-

lung zu nehmen. Dazu kamen im Rahmen der Budgetdebatte Parlamentarische Vorstösse in unserem Bereich (vier Motionen und eine Interpellation).

In der Januarsession gab der Rahmenkredit für das UNESCO Weltnaturerbe SCHWEIZER Alpen Jungfrau-Aletsch (SAJA) 2013 bis 2015 kaum zu reden und wurde deutlich angenommen.

Wie das Amen in der Kirche kamen in der Märzsession wieder einmal die Notariatstarife zur Diskussion. Die von linker Seite immer wieder angefochtene Tarifstruktur haben wir nun schon zum x-ten Mal behandelt und die Motion wurde auch diesmal klar verworfen.

Da die Vorbereitung der Märzgeschäfte kaum Zeit in Anspruch nahm, orientierte uns Walter Messerli über die Parlamentsrechtsrevision und deren Auswirkungen auf unsere Arbeit. Durch die ab neuer Legislatur gebildeten ständigen Kommissionen wird der Arbeitsaufwand aller Fraktionsmitglieder deutlich erhöht.

In der Junisession erfolgte die erste Lesung der Gesetzesänderung über die Handänderungssteuer. Die gänzliche Abschaffung der Handänderungssteuer fand beim Rat kein Gehör. Bürgerliche Kreise reichten sodann einen Gegenvorschlag ein mit der Forderung: Bei selbst bewohntem Grundeigentum sollen die ersten 800 000 Franken von der Handänderungssteuer befreit werden. Die gemeinsame Diskussion endete mit dem Beschluss, das Geschäft in einer zweiten Lesung zu bereinigen. Weiter gab der Rahmenkredit 2014-2017 zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen zu reden, die FIKO stellte hier einen Kürzungsantrag, der in unserer Fraktion umstritten war. Der Kürzungsantrag fand im Rat keine Mehrheit. Dem Kredit wurde letztlich ohne Kürzung deutlich zugestimmt.

In der Septembersession folgte die zweite Lesung der Handänderungssteuer. Diese ergab bereits in der Kommission keine neuen Erkenntnisse, sodass der Gegenvorschlag unverändert als Antrag der Kommission zur Debatte stand. Ein anderslautender Gegenvorschlag der EVP wurde abgelehnt. Die Vorlage kommt nun vors Volk mit der Empfehlung zur Ablehnung der Initiative und zur Annahme des Gegenvorschlags.

Weiter gelang es dank bürgerlichem Schulterchluss, mit einer Motion ein teures Inventar für schützenswürdige Landschaften, welches der Kanton erarbeiten wollte, gänzlich zu stoppen.

Die Novembersession stand ganz im Zeichen der ASP und des Budgets. Die JGK hatte sich wie eingangs erwähnt im Speziellen mit vier Motionen und einer Interpellation zu befassen. Diese betrafen die Kürzungen von Infrastrukturbeiträgen in der Langzeitpflege. Dieser Vorstoss fand dann auch mehrheitlich Gehör, so dass in diesem Bereich die Kürzungen zurückgefahren wurden. An den Kürzungen bei den Krankenkassenprämienverbilligungen wurde fest-

gehalten, da es hier in erster Linie das System zu überprüfen gilt. Zum Ärger unseres Justiz- und Kirchendirektors blieb auch er nicht von den Sparmassnahmen verschont, was letztlich zu einem Abbau bei den Pfarrstellen führen wird.

Abschliessend möchte ich meinen Kommissionsmitgliedern für die interessante und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken.

Ueli Jost, Grossrat, Thun

Polizei und Militär (POM)

Anfangs Jahr gab Christian Hadorn bekannt, dass er sein Amt als Präsident abgeben möchte. Die Unterzeichnende erklärte sich bereit, diese Funktion zu übernehmen und wurde einstimmig gewählt.

Im 2013 beschäftigten wir uns in der SVP-POM-Kommission intensiv mit dem Evaluationsbericht Police Bern. Das wichtigste Argument, das zu einer Zustimmung der Bevölkerung zum Zusammenschluss der Polizeiorganisationen geführt hatte, waren die gemäss Ecoplan-Bericht damals zu erwartenden Synergien. Doch leider konnte kein Synergieeffekt erzielt werden. Einmal mehr zeigte es sich, dass eine Zentralisierung von Staatsaufgaben zwingend zu mehr Bürokratie führt.

Da für diese Neuorganisation ein grosser zeitlicher und finanzieller Aufwand betrieben wurde, galt es, mit Planungserklärungen unsererseits Verbesserungsvorschläge vor allem für die Gemeinden zu finden. Unseren fünf Planungserklärungen wurde im Grossen Rat grossmehrheitlich zugestimmt. Bei den Änderungen des „Gesetzes über die Kantonspolizei“ (KPG) wurden die Anträge der SVP weitgehend angenommen.

Weiter war sich die Kommission einig, dass der Einbürgerungsinitiative zum Durchbruch zu verhelfen sei und aktiv unterstützt werden müsse. In der Zwischenzeit wurde die Initiative angenommen. Herzliche Gratulation unserer Berner Jungen SVP!

Bei der Umsetzung des Sportförderungsgesetzes wurde Handlungsbedarf festgestellt. Im Art.7 wird nämlich verlangt, dass der Regierungsrat ein Kantonales Sportanlagenkonzept (KASAK) führen muss, damit die Sportfondsgelder von jährlich ca. 20 Millionen Franken sachgerecht eingesetzt werden können. Dieses muss analog des Nationalen Sportanlagenkonzeptes (NASAK) zwingend aktiviert werden. Die Antwort des Regierungsrates auf eine entsprechende Interpellation von L. Guggisberg, SVP, wurde nicht befriedigend beantwortet. Eine Motion zu diesem Thema muss diskutiert werden.

Als Postulate wurden zur besseren Gewährung der Sicherheit für unsere Bevölkerung die folgenden Forderungen (von SVP-Seite) vom Grossen Rat überwiesen:

1. Für potentiell gefährliche Personen muss die Polizei eine Datenbank anlegen; dabei sind Fotos für die sofortige Erkennung wichtig. Die Gefährdungseinschätzung erfolgt aufgrund der Wahrnehmung von Strafbehörden, anderen Behörden sowie durch Fachpersonen der Medizin und Psychiatrie.
2. Es müssen möglichst rasch gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Sozialbehörden, Ärzte und Psychiater potentiell gefährlichen Personen der Polizei zur Registrierung melden und im Gegenzug in zweckdienlichem Rahmen Zugriff auf diese Registratur haben.
3. Klare Zuständigkeiten und Transparenz zwischen den Behörden, Ärzten, Psychiatern und der Polizei sind zu schaffen. Datenerfassung, Datenaustausch und Datenzugriff müssen standardisiert erfolgen.

Neben diesen wichtigen Erfolgen unsererseits mussten wir auch Misserfolge einstecken. So wurde die für die Drogenbekämpfung wichtige Forderung nach Drogenschnelltests analog des Alkoholblastests mit falschen Behauptungen von Seiten des Regierungsrates zur Ablehnung empfohlen. Diese Tests seien nicht gestattete Zwangsmassnahmen. Dazu ist zu sagen, dass alle Kantone ausser Jura, Genf und Bern diese Speichel-Drogenschnelltests analog des Alkoholblastests mit Erfolg anwenden. Auch kam leider unser SVP-Volksvorschlag „Für eine wirkungsvolle Integration“ nicht zustande.

Die Kommission umfasst folgende Grossratsmitglieder: Sabina Geissbühler-Strupler (Präsidentin), Thomas Fuchs (Vizepräsident), Alfred Gerber, Samuel Graber, Christian Hadorn, Willy Marti, Moritz Müller, Hans Rösti, Hans Schmid, Jürg Schürch. Als Beiräte wirken: Fabian Bader (Sekretär / Militär), Reto Schertenleib (Militär), Hans-Ulrich Born (Militär), Peter Frick (Feuerwehr), Hans-Ulrich Grossniklaus (Feuerwehr), Adrian Spahr (Junge SVP Kanton Bern), Daniel Wagner (Polizei).

Ein besonderer Dank gebührt Fabian Bader, welcher stets kompetent und gewissenhaft die Einladungen verschickt und die Protokolle führt.

Sabina Geissbühler-Strupler, Grossrätin, Herrenschwanden

Volkswirtschaft (VOL)

Die Fachkommission Volkswirtschaft hatte diverse Geschäfte behandelt und zu einem guten Ergebnis im Sinne der SVP beigetragen. Ich möchte die behandelten Geschäfte einmal etwas anders zusammenfassen, nämlich unter dem Titel: „Hans Berner und sein Umfeld“.

Hans Berner sinniert in seiner Mietwohnung über die Entwicklung der Mietzinse. Derweil fragt er sich, wer sicherstellt, ob sein „Stop Reklame“ Kleber am Briefkasten respektiert wird. Auf dem Weg zur Arbeit hört er im Radio, dass eine Arbeitsgruppe für die Stärkung der Industrie im Kanton Bern eingesetzt wird. Angekommen im Schreinereibetrieb, wird über eine Staatsgarantie für Schweizerholz diskutiert. Ein Arbeitskollege wird gemobbt, was hat das wohl für Konsequenzen? Der Chef ist im Spital. Was für eine Bedeutung haben wohl die Spitäler für die Tourismusregionen und was bringen ihm die gewährten Kredite für die Tourismusregionen Bern und Jungfrau-Haslital und Oberland bei den nächsten Ferien? Während er über Land fährt, stellt er fest, dass die Mäuse die Felder stark durchwühlt haben und der Hagel die Reben stark beschädigt hat. Das senkt die landwirtschaftlichen Einkommen. Gibt es da wohl Hilfe vom Kanton? Zudem fragt er sich, wieviel Geld aus der Agrarpolitik überhaupt beim Bauern ankommt. Und überhaupt: wie werden diese Bewirtschaftungsflächen erhoben, er hörte schon von einem Programm namens Gelan, und dass der Kanton die Co-Beiträge für die AP 2014-2017 sichern soll. Beim Mittagessen sieht er die vielen Reste, welche weggeworfen werden. Kann man da nicht etwas dagegen tun? Am Nachmittag sieht er noch einen Kaminfeger, von dessen Monopol beim Feierabendbier gesprochen wird. Auch der Spielraum der Gemeinden bei den Gastgewerbebewilligungen ist ein Thema. Ein Kollege fragt ihn um Mithilfe beim Ausfüllen des Anmeldeformulars für die Arbeitslosenversicherung. Bei einem Spaziergang im Wald fragt er sich, welche Rechte er hier hat und ob es wohl ein Waldgesetz gibt. Er sieht zwei Rehkitze, welche einen Forschungssender tragen. Stört das die Kitze oder nicht? Am Abend macht er noch kurz seine Einkäufe und sinniert über die Ladenöffnungszeiten und ob die Verkäuferinnen wohl Freude an längeren Öffnungszeiten haben. Nachts legt er sich müde ins Bett und ist dankbar, ein Berner zu sein, und träumt dann von einem schuldenfreien Kanton.

Ich möchte es nicht unterlassen, meinen Kommissionsmitgliedern für ihre Mitarbeit bestens zu danken.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

SVP Frauen Kanton Bern

Am Muttertag waren die SVP Frauen des Kantons Bern mit einer Sonnenblumenaktion am BEA-Stand der kantonalen SVP präsent. Rasch waren die 1'000 Briefchen Sonnenblumensamen unter die Leute gebracht und es entstanden interessante Gespräche. Herzlichen Dank den vielen engagierten Frauen, die sich trotz Muttertag die Zeit genommen haben, an dieser Standaktion mitzumachen.

Bereits traditionell findet das jährliche gemeinsame Mittagessen von interessierten SVP Frauen zum politischen Austausch mit unseren Grossrätinnen statt. Angeregte Gespräche, immer wieder neue Gesichter und nachhaltige Bekanntschaften zeichnen diese regelmässigen Treffen aus.

Im Vorfeld des eidg. Schwing- und Äplerfestes besuchten zahlreiche Frauen und Männer die Arena in Burgdorf und liessen sich unter kundiger Führung die verschiedenen Schauplätze zeigen. Beim gemeinsamen Nachtessen wurde die Kameradschaft gepflegt und die Atmosphäre in der Gabenbeiz genossen.

Der Vorstand der SVP Frauen Kt. Bern versucht immer wieder, die SVP Frauen untereinander in Kontakt zu bringen. Bei zentral organisierten Anlässen ist dies nicht immer möglich. So haben wir im Herbst den Versuch gestartet, eine dezentrale Veranstaltung im Oberland anzubieten. Grossrätin Bethli Küng und Jolanda Reichen-von Deschwanden (ehem. Nationalrats- und Grossratskandidatin) erzählten aus ihrer unterschiedlichen Sichtweise von den gemachten Erfahrungen in der Politik.

Im November wurden alle Grossratskandidatinnen zu einem Schulungsanlass mit unseren Nationalrätinnen Andrea Geissbühler und Nadja Pieren eingeladen. Diese liessen die Kandidatinnen an ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz teilhaben. Der rege Austausch untereinander motivierte die anwesenden Frauen, ihren Wahlkampf in Angriff zu nehmen.

Ende des Jahres musste der Vorstand Lotti Krummen nach 7 Jahre Vorstandsarbeit verabschieden. Lotti hat sich immer sehr engagiert für die SVP Frauen des Kantons eingesetzt und nimmt seit einigen Jahren auch die Vertretung im Vorstand der Frauenzentrale des Kantons Bern wahr. Wir danken Lotti herzlich für die geleistete Arbeit und die Bereitschaft, bis auf Weiteres die Verbindung zur Frauenzentrale BE zu gewährleisten.

An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, auch den im Vorstand verbleibenden Frauen herzlich für ihr engagiertes Mitdenken und Mitarbeiten zu danken! Sollte jemand Interesse haben, bei uns im Vorstand mitzuarbeiten, so ist sie herzlich eingeladen ☺!

Jolanda Brunner, Präsidentin, Vize-Gemeindepräsidentin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Das Vereinsjahr 2013 stand für die Junge SVP Kanton Bern im Zeichen ihrer Einbürgerungsinitiative. **Die Junge SVP gewann damit als erste Jungpartei im Alleingang eine kantonale Volksinitiative.** Die Volksinitiative „keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern“ wurde im Jahr zuvor

mit über 16'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Für die Medien und für viele Politbeobachter überraschend gewann die Junge SVP am 24. November 2013 die Abstimmung. Das Ergebnis fiel mit einem Ja-Anteil von 56 Prozent erfreulich klar aus. Das Anliegen erhielt sogar in traditionell linken Hochburgen wie der Stadt Biel eine Mehrheit. Dieser Abstimmungssieg gehört zu den grössten Erfolgen der Jungen SVP Kanton Bern. Dies umso mehr, weil die Junge SVP den Abstimmungskampf ohne Unterstützung anderer Parteien und trotz bescheidenen finanziellen Mitteln führte. Das belegt: Eine engagierte Jungpartei kann etwas bewegen!

Neben dem Abstimmungskampf über die Einbürgerungsinitiative sammelten die Jung-SVPLer fleissig Unterschriften, so unter anderem für das „Milliardenreferendum“ zur kantonale Pensionskasse. Diese Vorlage kommt Mitte Mai 2014 zur Abstimmung. Ebenfalls zu erwähnen sind auch die vielen politischen und gesellschaftlichen Anlässe, welche die Junge SVP Kanton Bern im vergangenen Jahr organisiert hat. So durften wir am letztjährigen Parlamentarierclub mit Korpskommandant Aldo Schellenberg einen hochrangigen Vertreter der Schweizer Armee begrüessen. Der Chef Luftwaffe erläuterte die Wichtigkeit einer gut ausgerüsteten Armee und verwies auf die wichtige Beschaffung der Gripen-Kampfflugzeuge, welche ebenfalls im Mai 2014 zur Abstimmung stehen.

Weitere beliebte Anlässe waren das traditionelle Fondue-Chinoise-Essen in Jegenstorf, welches auch im vergangenen Jahr viele Besucher aller Altersklassen zu Gast hatte, ebenso das Grillfest in Bümpliz und das JSVP-Feldschiessen in Mühlethurnen. Auch gesellige Anlässe wie der Besuch bei der Lasercity Biel/Bienne kamen im Jahr 2013 nicht zu kurz und förderten das gemütliche Miteinander.

Auch in den städtischen Parlamenten sorgen die Jung-SVP-Vertreter für Furore. Bei den Stadtratswahlen in Nidau meldete sich die SVP schlagkräftig zurück und ist nun nach der BDP-Abspaltung wieder im 30-köpfigen Stadtrat vertreten. Von den fünf Vertretern sind gleich drei Personen unter 30 Jahre alt. Präsident der Nidauer SVP-Stadtratsfraktion ist der 22-jährige Leander Gabathuler. Mit ihm ist die Junge SVP Kanton Bern auch weiterhin in der Parteileitung der Jungen SVP Schweiz vertreten. Kassierin Mirjam Wüthrich und ich als Parteipräsident der nationalen JSVP traten nach langjähriger Tätigkeit von unseren Ämtern zurück. Von 2008 bis 2014 amtete ich als Parteipräsident der Jungen SVP Schweiz und war zuvor bereits von 1999 bis 2008 als Kassier in der Parteileitung vertreten. Gabathuler wurde Mitte Januar in Jegenstorf zum neuen Generalsekretär der Jungen SVP Schweiz gewählt. Für seine politischen Ämter wünschen wir ihm und allen anderen JSVP-Mandatsträgern viel Erfolg!

Dank den zahlreichen aktiven Mitgliedern wird die Junge SVP Kanton Bern auch in Zukunft eine entscheidende Rolle im Kanton Bern spielen können. Die Erfolge bei Wahlen und an der Urne dürfen uns aber nicht dazu verleiten, uns auf den Lorbeeren des Erfolgs auszuruhen, sondern sollten uns anspornen, uns weiter für eine freie, unabhängige und sichere Schweiz einzusetzen. Hierzu kandidieren im ganzen Kanton junge SVP-Persönlichkeiten für den Grossen Rat und treten zu den Wahlen Ende März 2014 an. Mit vereinten Kräften und einem gemeinsamen Ziel werden wir unsere Ziele für das kommende Vereinsjahr erfüllen!

Wenn Sie oder jemand aus Ihrem Bekanntenkreis sich für eine aktive Mitarbeit in der Jungen SVP interessieren, melden Sie sich bitte bei uns. Wir brauchen immer motivierte und engagierte Leute, denn ohne diese wäre es nicht möglich, das demokratische System der Schweiz aufrecht zu halten.

Erich J. Hess, Präsident, Stadtrat, Bern

SVP Senioren Kanton Bern

Die Zahl der Mitglieder hat sich erfreulicherweise von 168 auf 182 erhöht und diejenige der Sympathisanten von 89 auf 97. Die üblichen Abgänge der Mitglieder infolge Tod und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden. Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 04. April 2013 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Von den Sympathisanten wird ein gleich hoher freiwilliger Beitrag erwartet.

Im Rahmen der Hauptversammlung wurde das Thema: "Patientenverfügung" behandelt. Nach einem Einführungsreferat von Frau Marianne Gandon, langjährige Pflegedienstleiterin, erfolgte eine rege Diskussion. Anschliessend orientierte der neue Parteipräsident, Werner Salzmann, über aktuelles und über Vorbereitungen zu den Wahlen im März 2014.

Am Freitag, 20. September 2013 organisierten wir eine Besichtigung des Kernkraftwerks in Mühleberg. An diesem interessanten Anlass haben 35 Personen teilgenommen.

Am Samstag, 16. November 2013 führten wir ab 10.00 Uhr im Hotel National in Bern zusammen mit den SVP-Frauen der Jungen SVP und unter dem Patronat der Kantonalpartei den 4. Berner SVP-Frühshoppen durch zum Thema: "Bürgerliche Politik - Was ist das?". Das Einleitungsreferat hielt Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger der Weltwoche. Anschliessend konnten sich die

vier bürgerlichen Regierungsratskandidaten Beatrice Simon BDP, Hans-Jürg Käser FDP und unsere Mitglieder Christoph Neuhaus und Manfred Bühler zum Thema äussern. Trotz der über 150 zahlenden Teilnehmer war der Anlass leider erneut nicht kostendeckend.

Im November haben wir allen Grossratskandidatinnen und Grosskandidaten unserer SVP ein Angebot zur Wahlunterstützung auf unserer Homepage SVP Senioren unterbreitet. Diese Homepage wird erfahrungsgemäss monatlich im Durchschnitt ca. 1000-mal und in Wahlzeiten 2000-mal angeklickt. 27 Kandidaten haben bis heute von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Erfreulicherweise hat der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren zum Thema "Altersvorsorge 2020" mit Eingabefrist bis Ende März 2014 zur Revision der AHV und der beruflichen Altersvorsorge eingeleitet. Wir wollen aktiv an dieser Vernehmlassung teilnehmen und stellen das Thema in den Mittelpunkt unserer Hauptversammlung 2014.

In den Sitzungen des Vorstandes und der Konferenz der SVP Senioren haben wir aktuelle Seniorenthemen bearbeitet.

Die Besuche auf unserer Homepage unter www.svp-senioren.ch haben sich erfreulicherweise weiter entwickelt. Die Homepage wird auch für künftige Wahlen gute Dienste leisten.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Jura bernois

2013 a vu les activités de l'UDC du Jura bernois se concentrer principalement sur la campagne en vue du vote régional du 24 novembre 2013 concernant l'ouverture d'un processus visant à la création d'un nouveau canton formé des territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura. Emmené par un comité ad hoc, cette campagne a été marquée par la publication de trois affiches chocs distillées mensuellement dès le premier lundi du mois de septembre, date de la traditionnelle Foire de Chindon. Bien orchestrée par la jeunesse, notamment, et avec une visibilité sans pareille, elle a permis à l'UDC du Jura bernois de réaffirmer son rôle de premier parti de la région et grand défenseur de l'intégralité territoriale du canton de Berne. Quant au résultat final, à savoir un non sec à près de 72 pour cent pour une participation à plus de 74 pour cent, il a fait taire nos détracteurs de la plus belle manière qui soit (majorité absolue des électeurs !). Un immense merci à notre jeunesse pour sa disponibilité et son engagement ainsi qu'à nos amis de l'UDC du canton de Berne tout entier pour leur appui concret.

Indépendamment de la campagne du 24 novembre 2013, l'UDC du Jura bernois a continué à s'affirmer comme étant le seul parti véritablement au service des citoyens, notamment par les actions de ses représentants au Grand conseil, au CJB et à l'Assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives ponctuelles, le tout bien relayé par la presse régionale. L'intégration des jeunes, souci permanent de notre formation, est plus que réjouissante. En effet, je suis particulièrement heureux de constater qu'avec une section autonome mais néanmoins parfaitement intégrée de quelque 150 membres, l'UDC du Jura bernois est en mesure d'affronter l'avenir avec sérénité.

Au cours de l'année 2013, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à de nombreuses reprises avec une participation réjouissante et dans une ambiance toujours constructive. Dans l'optique des élections cantonales et régionales du 30 mars 2014, un comité idoine a été mis sur pied et les listes déposées, composées de fortes personnalités et de plusieurs jeunes, devraient permettre d'atteindre les objectifs fixés. Le but principal reste toutefois l'élection de Manfred Bühler au Conseil-exécutif et, afin d'y parvenir, nous pouvons d'ores et déjà compter sur un soutien sans faille de nos adhérents.

Je tiens ici à remercier chaleureusement toutes celles et tous ceux qui ont œuvré sans relâche aux succès collectifs et personnels dont l'UDC du Jura bernois a été gratifié en 2013.

Claude Röthlisberger, président, Reconvilier

Biel-Seeland

Ein spezielles Jahr, in welchem die Schweizer Stimmbürger Ja sagen zur Abzockerinitiative, Matthias Sempach in Burgdorf Schwingerkönig wird, oder in welchem der Berner Jura bemerkenswert deutlich sein Bekenntnis zum Kanton Bern ablegt, und wo spezielles Wetter vor allem von der Landwirtschaft viel Geduld und Einsatz abverlangt! Mit diversen Anlässen wie dem Surchabis-Aabe in Biel, vielen interessanten Podien zu Abstimmungen in den Sektionen, dem SVP-Stand an der Bieler Messe, welcher sehr grosses Interesse erzeugte, dem Politapero in Aaberg oder der Herbst-Delegiertenversammlung, an welcher auch die Gemütlichkeit nicht zu kurz kam, etabliert sich die SVP in unserem Landesteil mehr und mehr. Bei den Regierungsstadthalterwahlen wurde unser Kandidat Gerhard Burri wiedergewählt. Auch bei Gemeindewahlen legte die SVP an den meisten Orten zu. Finanziell sind wir auf Kurs, was uns erlaubt, auch für die kommenden Grossratswahlen etwas in Bewegung zu setzen. Viel zu reden gab unsere zweite Liste für die Grossratswahlen, ich hoffe, wir erreichen unser hochgestecktes Ziel und es gibt keine Abwahlen. Am Nominationsanlass in Sutz-Lattrigen mit über 100 Teilnehmern konnten wir die Neugründung der SVP Sektion Brügg-Aegerten in die Wege leiten, was mich sehr freut. Leider gibt es auch bei uns einige Sektionen in denen wenig oder

nichts geht. Diese Sektionen wollen wir im nächsten Jahr aus ihrem „Dornröschenschlaf“ holen.

Ich möchte es nicht unterlassen, Allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement für die Anliegen unserer Partei eingesetzt haben. Allen Sektionen des Wahlkreises für die gute Zusammenarbeit, aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand für ihre gute Mitarbeit und das mir entgegengebrachte Vertrauen. Merci.

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental

Das Jahr 2013 stand für die SVP Emmental im Zeichen des Eidgenössischen Schwingfestes in Burgdorf. Durch den Unterzeichnenden hatte die SVP Emmental eine direkte Verbindung ins Herz des Schwingfestes, amtierte er doch als OK-Präsident. So genossen die Emmentaler viele Anekdoten, welche der Präsident am Rande der Parteisitzungen erzählte. Durch diesen Kontakt kam auch der grösste SVP-Emmental-Anlass zustande: Am 26. August besuchten nahezu 700 Mitglieder und Freunde der SVP Emmental das Schwingfestgelände und liessen sich in der Steinstösserarena direkt von jedem einzelnen OK-Mitglied über den Stand der Vorbereitungen informieren. Ein exklusiver Besuch der Arena sowie ein Nachtessen in einem Festzelt rundeten den Anlass ab und steigerten die Vorfreude auf das ESAF bei der ganzen SVP-Familie zusätzlich.

Ohne einen Kampf im Sägemehl behielt die SVP das Amt des Regierungstatthalters. In stiller Wahl wurde der bisherige Markus Grossenbacher bestätigt und kann weitere vier Jahre sein Amt ausüben. Dazu gratuliert die SVP Emmental herzlich und wünscht Markus viel Freude und Erfolg.

Quasi als Vorbereitung für die Gripen-Abstimmung im Jahr 2014 hat die SVP Emmental den Kampffjetpiloten und Kommandanten des Flugplatzes Meiringen, Oberst im Generalstab Peter Merz, zu einem Vortrag eingeladen. Als operationeller Testpilot flog er sämtliche 3 Kampffjets, welche die Luftwaffe für den Tiger-Teilersatz testete. Der Gripen sei der drittbeste, nicht der schlechteste Kampffjet. Er erfülle unsere Anforderungen, sei finanzierbar und das richtige Flugzeug für die Schweiz, erklärte Merz. Schon in den momentan relativ friedlichen Zeiten hätten Schweizer Kampffjetpiloten ungefähr 400 Einsätze im Jahr. Um den Schweizer Luftraum über längere Zeit rund um die Uhr zu schützen, brauche es 40 bis 50 Flieger. Merz konnte die knapp hundert Besucher von einem Gripen-Kauf überzeugen.

Natürlich hat im Jahr 2013 auch das Wahlteam unter der Leitung von NR Nadja Pieren seine Arbeit aufgenommen. Die bewährte Aufteilung in je eine Liste oberes und unteres Emmental wurde beibehalten. Es konnten zu den vier von

fünf wiederkandidierenden Grossräten weitere aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen werden und so entstanden zwei vollständige, vielseitige Listen mit total 30 Kandidierenden. Mit Elan haben Wahlleitung und Kandidierende schon im Jahr 2013 den Wahlkampf gestartet. Genugtuung löste die Zusage der FDP aus, eine Listenverbindung einzugehen und sich somit zu „gemeinsam bürgerlich“ zu bekennen.

Neue Kassierin der SVP Emmental ist Martina Haslebacher aus Sumiswald für die zurückgetretene Ruth Zurbrügg. Mit Martina Haslebacher hat die SVP Emmental eine junge, pflichtbewusste Kassierin gefunden. Bereits in ihrem ersten Jahr hat sie nebst ihrer Hauptaufgabe tatkräftig mitgeholfen, den ESAF-Anlass zu organisieren.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Oberaargau

Die SVP Oberaargau beschäftigte sich im Jahr 2013 mit der Regierungstatthalterwahl, den eidg. und kantonalen Volksabstimmungen sowie dem Kick-off für die Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 30. März 2014.

Regierungstatthalterwahl vom 9. Juni 2013:

Im Wahlkreis Oberaargau wusste man bereits im Spätherbst 2012, dass es ab dem 01.01.2014 einen neuen Regierungstatthalter geben wird. Dies deshalb, weil der bisherige Amtsinhaber, Martin Sommer (SP), zurück trat. Die SVP Oberaargau nominierte einstimmig Marc Häusler, stv. Regierungstatthalter, für die Wahl vom 9. Juni 2013. Da die FDP Oberaargau Frau Katrin Zumstein ebenfalls für die Wahl nominierte, konnte das Stimmvolk am 9. Juni 2013 schlussendlich aus zwei Persönlichkeiten auswählen.

Erfreulicherweise haben die Oberaargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Marc Häusler mit 55.8% Stimmenanteil als neuen Regierungstatthalter gewählt. Die SVP Oberaargau gratuliert Marc Häusler nochmals zu diesem tollen Wahlergebnis.

Grossrats- und Regierungsratswahlen 2014

An der Nominationsversammlung vom 27. August 2013 wurden unter grossem Applaus und in Anwesenheit des Präsidenten der SVP Kanton Bern, Werner Salzmann, 10 Kandidaten und 2 Kandidatinnen für die Grossratswahlen 2014 nominiert. Aus beruflichen Gründen musste im Herbst 2013 ein Mann seine Kandidatur zurückziehen. Als Ersatz konnte die SVP Oberaargau eine weitere Frau nominieren, womit unsere Partei mit 9 Männern und 3 Frauen an den GR-Wahlen 2014 teilnimmt. Das engagierte Wahlkomitee lancierte bereits im September 2013 den Wahlkampf. Dank der frühzeitigen Planung und dem nötigen Losglück nimmt die SVP Oberaargau mit der Liste 1 an den Wahlen 2014 teil. Der Vorstand der SVP Oberaargau ist davon überzeugt, dass mit

den 12 kandierenden Persönlichkeiten, dem unermüdlichen Einsatz des Wahlkomitees und dem Vertrauen der Wählerinnen und Wähler das minimale Wahlziel von 4 Sitzen sicher erreicht werden kann. Für die Regierungsratswahlen 2014 unterstützt die SVP Oberaargau den bürgerlichen Vierer mit den eigenen Kandidaten, Christoph Neuhaus und Manfred Bühler und den bisherigen Regierungsratsmitgliedern Hans-Jürg Käser (FDP) und Beatrice Simon (BDP). Nur gemeinsam kann die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat wieder hergestellt werden.

Referendum gegen das kantonale Pensionskassengesetz

Die SVP Oberaargau half zum Jahresende hin tatkräftig mit, Unterschriften für das Referendum gegen das kantonale Pensionskassengesetz zu sammeln. Dank dem unermüdlichen Einsatz einiger Unterschriftensammler konnte das Referendumskomitee im Januar 2014 über 11'500 gültige Unterschriften einreichen.

Delegierten- und Hauptversammlung:

Die Delegierten der SVP Oberaargau trafen sich im Jahr 2013 zu vier Delegierten-, einer Nominations- und einer Hauptversammlung. Schwerpunkte der Versammlungen waren die oben erwähnten Ereignisse. Die SVP Oberaargau kann immer wieder namhafte Referentinnen und Referenten anlässlich dieser Versammlungen begrüßen und dankt allen für ihr Engagement.

Weitere Veranstaltungen:

Im April 2013 waren die Sektions-Präsidentinnen und -Präsidenten zur 6. Präsidentenkonferenz eingeladen. Anlässlich dieser Konferenz in Niederbipp hielt Silvia Jäger, Schulinspektorin Emmental-Oberaargau, ein interessantes Referat über volksschulische Spezialitäten aus unserer Region.

Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2014 insgesamt 47 Gemeinden. Es bestanden 27 SVP-Sektionen, welche in 33 Gemeinden aktiv waren. Leider wurde im 2013 die Sektion Rütshelen aufgelöst. Der Vorstand der SVP Oberaargau hofft, dass die Sektion bald wieder reaktiviert wird.

In 6 Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg
Daniel Amacher, Sekretär a. i. SVP Oberaargau, Attiswil

Bern-Mittelland

Im Jahr 2013 kam es im Vorstand der SVP Bern-Mittelland zu zwei personellen Wechslen. Grossrat Fritz Freiburghaus gab sein Amt als Präsident der SVP Mittelland-Nord ab und schied somit auch als Vorstandsmitglied aus.

Seinen Posten übernahm Grossrat Hans Rudolf Schweizer. Die zweite Rochade betraf Peter Bernasconi, der im Herbst das präsidiale Zepter der SVP Stadt Bern an Stadtrat Rudolf Friedli übergab. Peter Bernasconi bleibt als Kassier dem Vorstand der SVP Bern-Mittelland verdankenswerterweise erhalten. Ich danke Fritz und Peter für ihr langjähriges Engagement ganz herzlich! Ihren Nachfolgern wünsche ich alles Gute bei der Ausübung des neuen Amtes und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Zusätzlich konnte mit Peter Bill der langjährige Gemeindepräsident von Moosseedorf als Vorstandsmitglied gewonnen werden. Ich danke Peter Bill für seine Bereitschaft, im Vorstand mitzumachen und die wichtige Funktion als direktes Bindeglied zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) sicherzustellen.

Hinsichtlich der Geschehnisse in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland gibt es aus dem vergangenen Jahr Positives wie Negatives zu berichten: Die im August lancierte Kampagne «Boden gutmachen», mit der die RKBM zu einer öffentlichen Diskussion zu Wachstum, Bautätigkeit und regionaler Entwicklung anregen will, wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen. Als positiv zu beurteilen ist der Verzicht auf die Bildung der geplanten Konferenz Soziales. Im Herbst wurde klar, dass das für das Zustandekommen der Sozialkonferenz notwendige Quorum nicht erreicht wird. Als insgesamt ernüchternd gehen die ordentlichen Wahlen der RKBM-Organen am 15. November 2013 in die Geschichte ein. Da die SVP als wählerstärkste Partei im Verwaltungskreis bisher nicht in der 11-köpfigen Geschäftsleitung (GL) vertreten war, setzte sich die SVP Bern-Mittelland im Vorfeld der Wahlen stark dafür ein, dass mit Daniel Bichsel der neue Gemeindepräsident von Zollikofen ab 2014 im Schlüsselgremium Einsitz nehmen kann. Leider unterlag er seinem Gegenkandidaten im 2. Wahlgang schliesslich nur um 10 Stimmen. Ausschlaggebend waren die 43 Stimmen aus der Stadt Bern. Damit blieb die SVP weiterhin ohne Vertretung in der GL, obwohl das Geschäftsreglement der RKBM explizit eine angemessene Vertretung der Parteien vorsieht. Umso erfreulicher war, dass Grossrat Ueli Studer bei den Wahlen um das Gemeindepräsidium von Köniz Ende Jahr oben ausschwang und somit als erster SVP-Vertreter in der GL der RKBM Einsitz nehmen wird.

Die SVP Bern-Mittelland führte 2013 drei Vorstandssitzungen und eine Delegiertenkonferenz durch. Zu diskutieren gaben insbesondere die geplante Siedlung der Stadtnomaden bei der Neubrück, das Projekt Tram Region Bern, der geplante Kreislauf Breitenacker in Kehrsatz, die Petition «jetzt längt's» der SVP Stadt Bern betreffend die Geschehnisse rund um die Reitschule und das Referendum im Zusammenhang mit dem kantonalen Pensionskassengesetz. An die Juni- und der Septembersitzung des Vorstands wurden zudem zwecks Ideenaustausch und Koordination im Vorfeld der Gross- und Regierungsratswahlen 2014 die Wahlleiter der drei Wahlkreise eingeladen.

Zum Schluss ist es mir ein grosses Anliegen, allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr in den Dienst der SVP gestellt haben. Besonderer Dank gebührt allen aktiven Parteivertreterinnen und -vertretern und Vorstandsmitgliedern auf kommunaler und kantonaler Ebene für ihren unermüdlichen Einsatz.

Lars Guggisberg, Präsident, Grossrat, Kirchlindach

Thun

Die SVP Wahlkreisverband Thun startete nach einem erfolgreichen Wahlherbst in einigen Sektionen schwungvoll und voll motiviert ins neue Jahr. Nebst dem wichtigsten Geschäft – dem Vorbereiten der kantonalen Wahlen – konnten wiederum einige sehr gut besuchte Anlässe durchgeführt werden.

RR- / GR- Wahlen 2014

Unter der Leitung von Trudi Mösching arbeitete die Wahlleitung mit grossem Engagement für die kantonalen Wahlen vom 30. März 2014. Da im Wahlkreis Thun neu 17 Sitze (bisher 16) zu vergeben sind, setzte sich die Wahlleitung zum Ziel, zu den fünf bisherigen einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Leider kamen die gewünschten drei Listen nicht zustande und nach eingehenden Diskussionen wurde beschlossen, mit den beiden Listen „SVP Thun-Land“ und „SVP Thun Stadt und Seegemeinden“ in die Wahlen zu gehen. An der DV vom 10. September 2013 konnten 26 ausgewiesene Kandidatinnen und Kandidaten offiziell nominiert werden und die SVP Wahlkreisverband Thun ist zuversichtlich, mit ihnen die 6 Grossratsmandate erzielen zu können. Sehr früh wurden auch Gespräche betreffend Listenverbindungen mit den anderen bürgerlichen Parteien geführt, die von der SVP befürwortet und gewünscht wurden. Aus verschiedenen Gründen lehnten EDU, BDP und FDP eine Listenverbindung mit der SVP leider ab.

Anlässe

In Anbetracht der wichtigen Abstimmung „Bern erneuerbar“ wurde zusammen mit der SVP Wahlkreisverband Oberland der Anlass „Energiepolitik wohin – geht uns das Licht aus?“ durchgeführt. Als Referentin konnte die international bekannte Nuklearphysikerin Dr. Irene Aegerter engagiert werden.

Alle SVP-Grossräte und -Grossrätinnen der beiden Wahlkreisverbände Thun und Oberland betreuten gemeinsam den SVP-Stand an der BEA.

Um auf die wichtigen Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2013 (Autobahn-Vignette) aufmerksam zu machen, wurde am Pfingstsonntag eine Standaktion bei der Landi Steffisburg organisiert und zusätzlich Unterschriften für diverse Referenden und Volksinitiativen gesammelt.

Eine kleine Delegation unseres Wahlkreises nahm am Sternmarsch zum Pierre-Pertuis Pass teil, der vom überparteilichen Verein „Notre Jura bernois“ organisiert wurde. Die Bevölkerung des Berner Juras hatte im November über

den Verbleib beim Kanton Bern abzustimmen und mit diesem Anlass sollte der Berner Jura unterstützt werden.

In einer kontradiktorischen Diskussion zur Familieninitiative kreuzten NR Albert Rösti und alt NR Katharina Prelicz-Huber sehr engagiert die Klinggen. Zum letzten Mal wurde die Dienstbotenehrung von der SVP Wahlkreisverband Thun organisiert, die jeweils vor den kantonalen Wahlen durchgeführt wurde.

Dank

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, allen zu danken, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement für die Belange der SVP eingesetzt haben. Einen besonderen Dank möchte ich an unsere Wahlleiterin Trudi Mösching richten, die einen zusätzlichen Effort zu leisten hatte und das mit Brauvour geschafft hat.

Beatrice Frey, Präsidentin, Gemeinderätin, Oberhofen

Oberland

Wurzeln – Werte – Weitsicht! Das sei das Rezept für die Zukunft der Schweiz, sagte Bundespräsident Ueli Maurer am Festakt des Eidgenössischen Schwingfestes am 1. September in Burgdorf. Für unser wunderschönes Berner Oberland und den Wahlkreisverband Oberland ist das ein gutes Motto für die Vorbereitung der Regierungsrats- und Grossratswahlen vom 30. März 2014. Der strenge Winter hat uns im Oberland viel Schnee und Ärger mit der Schneeräumung gebracht. Die Senkung der Motorfahrzeugsteuer hat beim Regierungsrat für Verdauungsstörungen gesorgt und man wollte die „Verursacher“ vom ländlichen Raum mit unbegründeten Massnahmen bestrafen. Die Passstrassen am Susten und Grimsel wollte man ebenfalls später öffnen. Auch wenn bei den nächsten Wahlen dem Oberland einen Grossratsitz weniger zur Verfügung steht, müssen wir uns mit all unserer Kraft gegen weitere Zentralisierungen zur Wehr setzen.

Delegiertenversammlung 26. März 2013

In Boltigen fand im März unsere Delegiertenversammlung im Restaurant Simmental statt. Unsere Finanzen sind dank den vielen Spenden unserer Mitglieder sehr gut. Vor den wichtigen Abstimmungen haben wir unsere Mitglieder mit einem Versand informiert. Für die Grossratswahlen haben wir drei Listen festgelegt: Obersimmental-Saanen 8 Kandidatinnen/Kandidaten (kumuliert), Frutigen-Niedersimmental und Interlaken-Oberhasli mit je 16 Kandidatinnen/Kandidaten. Als Oberländer Wahlleiterin wurde Bethli Küng gewählt. Unser Ziel ist ganz klar, einen 8. Grossratsitz zu gewinnen.

9. Juni 2013 – Regierungstatthalterwahlen wurden zum Wahlkrimi

Im Verwaltungskreis Interlaken- Oberhasli musste unser langjähriges Mitglied Walter Dietrich ersetzt werden. Insgesamt vier Kandidierende haben sich für

das Amt beworben und der Kreisverband Interlaken-Oberhasli hat mit Bernhard Häsler einen sehr guten Kandidaten aufgestellt. Leider hat Bernhard Häsler die Wahl im ersten Wahlgang nicht geschafft und es kam am 7. Juli zur Stichwahl. Mit nur 12 Stimmen Unterschied wurde er leider nicht zum neuen Regierungsstatthalter gewählt. Etwas einfacher ist es Christian Rubin im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental ergangen. Christian Rubin konnte sich ohne Probleme gegen eine unbekannte Gegenkandidatin deutlich für eine weitere Amtsdauer durchsetzen. Noch einfacher erging es Michael Teuscher vom Verwaltungskreis Obersimmental-Saanen. Micheal Teuscher wurde in stiller Wahl wiedergewählt. Besten Dank für den Einsatz und herzliche Gratulation den gewählten Regierungsstatthaltern.

Wichtiges Element sind die Kreisverbände und die Sektionen

Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig und das Netzwerk kann optimal ausgenutzt werden. Die Arbeit in den Sektionen und die Werbung von neuen Mitgliedern sind das Wichtigste für unsere Partei. Die Sektion St. Stephan konnte 11 neue Mitglieder aufnehmen, was als sehr erfreulich zu bewerten ist. Aber auch die vielen Standaktionen, welche gemacht werden, sind sehr wichtig und ich bin dankbar für die Mithilfe und Überzeugungsarbeit unserer SVP-Politik.

SVP politisiert volksnah

Am 24. Oktober organisierten wir in Faulensee eine Delegiertenversammlung für die Parolenfassung zu den wichtigen Volksabstimmungen vom 24. November 2013. Die Erhöhung der Autobahnvignette konnte auch im Oberland erfolgreich bekämpft werden. Ebenfalls haben wir uns gegen die 1:12-Initiative zur Wehr gesetzt und die Familieninitiative wie auch die Einbürgerungsinitiative der jungen SVP hat vom Oberland grosse Unterstützung erhalten. Als Gastreferent haben wir NR Rudolf Joder eingeladen, welcher uns die Spitalstandortinitiative vorgestellt hat.

Herzliches Dankeschön

Ich bedanke mich bei den Nationalräten Hansruedi Wandfluh und Erich von Siebenthal für ihren Einsatz in Bundesbern und das Organisieren der Anlässe „d SVP bi de Lüt“ in den Verwaltungskreisen Oberland. Den Grossräten und unserer Grossrätin für die Arbeit im kantonalen Parlament. Der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit, den Kreisverbänden und der Arbeitsgruppe für ihren Einsatz herzlichen Dank. Ein grosses MERCI geht an die „Einpacktruppe“ welche sich immer wieder zur Verfügung stellt, um den Versand an unsere Mitglieder vorzubereiten. Ich hoffe, wir können auch in diesem Jahr gemeinsam viele gemütliche politische Stunden verbringen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit im Wahlkreisverband Oberland recht herzlich.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht

Bei der Richterschaft hat es im vergangenen Jahr ausnahmsweise keine Veränderungen gegeben. Dies dürfte sich in den nächsten Jahren aufgrund der vertretenen Jahrgänge und des möglicherweise bevorstehenden Primatswechsels bei der Pensionskasse ändern.

Die Richterzahl und die Stellenprozente sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Geschäftszahlen bei der Zivilabteilung sind weiterhin hoch; auffallend ist insbesondere ein Allzeitrekord beim Eingang der ordentlichen Verfahren des Handelsgerichts (Forderungsprozesse, Immaterialgüterrechtssachen etc.). Ob dies einen Trend oder eine Ausnahme darstellt, wird die Zukunft weisen.

Im Strafbereich verharren die Zahlen in der ersten Instanz der Gerichte auf tiefem Niveau, weil mit der nun seit drei Jahren in Kraft getretenen eidgenössischen Strafprozessordnung die Möglichkeit besteht, die meisten Fälle durch die Staatsanwaltschaft mit Strafbefehl (bis höchstens sechs Monate Freiheitsentzug) zu erledigen; dementsprechend konnten die Verfahrensdauern verkürzt und die Zahlen der hängigen Verfahren reduziert werden. Zumindest zahlenmässig wirkt sich dies auch am Obergericht aus.

Betreffend der neu organisierten Kinder- und Erwachsenenschutzverfahren hat sich die Organisation am Obergericht bewährt. Scheinbar laufen die entsprechenden Vorinstanzen noch nicht auf vollen Touren, sodass eine verlässliche Aussage über eine mittlere Geschäftslast noch nicht möglich ist.

Leider genoss bei der Geschäfts- und der Justizleitung der Bereich Verwaltung/Dienste zu Lasten der „Front“, dem Kerngeschäft der Justiz, nach wie vor eine zu starke Stellung. Ebenso erscheint ein gewisser Ressourcentransfer aus der erstinstanzlichen Strafjustiz in stärker belastete Bereiche der Justiz längst angezeigt. Es ist zu hoffen, dass die neue Führung aus den alten Denkmustern ausbricht und eine rasche und qualitativ hochwertige Rechtsprechung stärker in den Mittelpunkt rückt.

Georges Greiner, Oberrichter

Verwaltungsgericht

Im Lauf des Geschäftsjahrs sind beim Verwaltungsgericht 1'599 (Vorjahr: 1'702) neue Fälle eingegangen, 1'609 (1'665) Fälle wurden erledigt und 932 (943) wurden auf das Folgejahr übertragen. Diese Zahlen beinhalten weder Gesuche noch Verfügungen noch Entscheide zu prozessleitenden Fragen

(z.B. vorsorgliche Massnahmen und unentgeltliche Rechtspflege); diese Verfahren werden nicht separat gezählt.

Im Verwaltungsrecht ist die Zahl der Neueingänge gegenüber dem Vorjahr gesamthaft gesunken. Dies ist hauptsächlich mit dem Rückgang der Neueingänge an der Abteilung für französischsprachige Geschäfte (CAF) im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zu erklären. Die Zahl der Neueingänge im Verwaltungsrecht verbleibt im mehrjährigen Vergleich aber nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Rechtsweggarantie am 1. Januar 2009 war der bernische Gesetzgeber für das Verwaltungsgericht von einer potentiellen Zunahme der Eingänge um rund 15 Prozent ausgegangen (s. Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat betreffend das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege [VRPG], Tagblatt des Grossen Rates, Aprilsession 2008, Beilage 11, Ziff. 5.1, S. 38 f). Wenn man die Durchschnittszahlen der Geschäfte der drei der Änderung vorangegangenen Jahre (2006-2008: 343) mit denjenigen der fünf auf die Änderung folgenden Jahre (2009-2013: 480) vergleicht, stellt man eine gegenüber dieser Annahme deutlich höhere Zunahme fest. Die Zunahme beträgt tatsächlich rund 40 Prozent. Wenn man das Jahr des Inkrafttretens 2009 ausser Acht lässt, erreicht die Zunahme 42 Prozent. Die Zahl der Neueingänge im Berichtsjahr (449) liegt mit einer Zunahme von 30 Prozent immer noch über dieser Annahme.

Im Sozialversicherungsrecht hat die Zahl der neu eingegangenen Fälle gesamthaft etwas abgenommen, was erlaubt hat, die Pendenzen wiederum leicht abzubauen. In diesem Bereich hat sich der letztjährige deutliche Anstieg der Neueingänge an der CAF glücklicherweise im 2013 nicht fortgesetzt. Die Geschäftslast im Sozialversicherungsrecht verbleibt aber weiterhin auf hohem Niveau. Die letztes Jahr erwähnten Unsicherheiten (6. IV-Revision, MEDAS-Gutachten) hatten (noch) keine Auswirkung auf die Geschäftszahlen, wohl aber auf den Aufwand in der Instruktion und auf die Komplexität der IV-Fälle. Diese Entwicklung und die klare Zunahme der Zahl von Fällen, in denen mehrere Schriftenwechsel nötig waren, führten zu einer längeren durchschnittlichen Verfahrensdauer.

Thomas Müller, Verwaltungsrichter

Generalstaatsanwaltschaft

Nach drei Jahren Erfahrung mit der neuen Strafprozessordnung kann festgestellt werden, dass sich die Anwendung des neuen Prozessrechts eingespield hat. Die Bilanz, die aus der Vereinheitlichung gezogen werden kann, fällt gesamthaft positiv aus. Die Untersuchungen und auch das Rechtsmittelverfahren sind zwar aufwändiger als nach dem alten Recht, demgegenüber haben aber die Erhöhung der Entscheidkompetenz im Strafbefehlsverfahren und auch die Einführung des abgekürzten Verfahrens eine willkommene Entlastung ge-

bracht. Es bleibt aber zu hoffen, dass die von vereinzelt Vertretern der Doktrin vorgebrachte Kritik nicht dazu führt, dass die Entscheidkompetenz im Strafbefehlsverfahren und der Anwendungsbereich des abgekürzten Verfahrens künftig beschränkt werden.

Die Anzahl der bei der Generalstaatsanwaltschaft eingegangenen Geschäfte hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Abgenommen haben die Strafkammergeschäfte. Mangels Ressourcen tritt die Generalstaatsanwaltschaft in der Regel nur noch in denjenigen Fällen auf, in denen von Gesetzes wegen die Teilnahme der Staatsanwaltschaft obligatorisch ist. Eine Zunahme ist dagegen bei den Beschwerdeverfahren, den Zustimmungen zu den abgekürzten Verfahren und bei den Gerichtsstandsverfahren zu verzeichnen. Letztere bewegen sich auf einem sehr hohen, arbeitsintensiven Niveau.

Bei den regionalen und kantonalen Staatsanwaltschaften ist ebenfalls eine deutliche Zunahme der Eingänge zu verzeichnen. Besonders markant ist dies im Bereich der Strafbefehle der Fall. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 10'733 zusätzliche Strafanzeigen registriert, was einer Zunahme von 11% entspricht. Dies führt dazu, dass auch die Pendenzen per Ende Jahr wieder auf 18'734 Fälle angestiegen sind. Erfreulich ist aber nach wie vor, dass 99% der eingehenden Anzeigen im Strafbefehlsbereich definitiv durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden, was zu einer deutlichen Entlastung der Strafgerichtsbarkeit führt. Einschneidend ist auch die stark erhöhte Anzahl der Untersuchungen, da dies die aufwändigste Tätigkeit der Strafverfolgung beschlägt und diese Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wie auch bei den ihr zudienenden Stellen am meisten Ressourcen bindet. In diesem Bereich beträgt die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 14%. Dies führte auch dazu, dass die Staatsanwaltschaft im Vergleich zum Vorjahr mehr Auftritte vor Gericht zu verzeichnen hatte. Positiv hervorzuheben ist auch der Abbau an überjährigen Geschäften.

Erfreulich fiel der Rechnungsabschluss aus. Das Ergebnis 2013 schliesst mit einer Saldoverbesserung in der Finanzbuchhaltung von CHF 5,5 Mio. Zu einem ernsthaften Problem wird die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des Kantons Bern bei den Gehältern. Trotz intensiver Suche scheiterte beispielsweise die Anstellung eines Revisors für die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft bisher an den Lohnschränken der kantonalen Personalgesetzgebung. Dies führt dazu, dass künftig vermehrt auswärtige Gutachtensaufträge mit erheblichen Mehrkosten erteilt werden müssen.

Rolf Grädel, Generalstaatsanwalt

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Werner Salzmänn, Mülchi
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Grossrat, Cortébert Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Präsidentin SVP Frauen:	Jolanda Brunner, Spiez (seit 02.05.2013)
Weitere Mitglieder der GL:	Peter Bernasconi, Bern (02.05.2013 bis 09.09.2013) Gerhard Fischer, Meiringen Rudolf Friedli, Bern (seit 09.09. 2013) Raphael Lanz, Thun (seit 02.05.2013) Lukas Lanzrein, Thun (seit 02.05.2013) Moritz Müller, Bowil (seit 02.05.2013) Albert Röstli, Uetendorf (seit 02.05.2013) Béatrice Struchen, Epsach (seit 02.05.2013)

Partei Vorstand (PV)

Präsident:	Werner Salzmänn, Mülchi
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Grossrat, Cortébert Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Präsidentin SVP Frauen:	Jolanda Brunner, Spiez (seit 02.05.2013)
Weitere Mitglieder der GL:	Peter Bernasconi, Bern (02.05.2013 bis 09.09.2013) Gerhard Fischer, Meiringen Rudolf Friedli, Bern (seit 09.09.2013) Raphael Lanz, Thun (seit 02.05.2013) Lukas Lanzrein, Thun (seit 02.05.2013) Moritz Müller, Bowil (seit 02.05.2013) Albert Röstli, Uetendorf (seit 02.05.2013) Béatrice Struchen, Epsach (seit 02.05.2013)
Regierungsmitglied:	Christoph Neuhaus, Belp

Eidgenössische Parlamentarier: Andreas Aebi, Alchenstorf
Adrian Amstutz, Sigriswil
Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Rudolf Joder, Belp
Nadja Pieren, Burgdorf
Albert Röstli, Uetendorf
Erich von Siebenthal, Gstaad
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Vertreter Fachkommissionen: Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und
Energie)
Lars Guggisberg, Kirchlindach (Erziehung)
Andreas Blank, Aarberg (Finanzen / Verwaltung)
Donat Schneider, Diessbach b. Büren (Gesundheit und Fürsorge)
Ueli Jost, Thun (Justiz, Gemeinden, Kirchen)
Sabina Geissbühler (Polizei und Militär)
Martin Schlup, Schüpfen (Volkswirtschaft)

Vertreter der Jungen SVP: Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren: Rudolf Graf, Aarwangen

Präsidenten Wahlkreisverbände: Ueli Augstburger, Gerzensee
(seit 02.05.2013)
Beatrice Frey, Oberhofen (seit 02.05.2013)
Christian Hadorn, Ochlenberg
(seit 02.05.2013)
Thomas Knutti, Weissenburg
(seit 02.05.2013)
Claude Röthlisberger (seit 02.05.2013)
Hans Rudolf Schweizer (seit 02.05.2013)

Präsident LOBAG: Hans Jörg Rüeegsegger (seit 02.05.2013)

Weitere Mitglieder: Martin Baltisser, Bremgarten
Thomas Fuchs, Bern

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau	Klopfenstein Etienne, Corgémont (ab Junisession 2013)
Augstburger Ueli, Gerzensee	Knutti Thomas, Weissenburg
Bärtschi Alfred, Lützelflüh	Kummer Hugo, Burgdorf
Berger Christoph, Aeschi	Küng-Marmet Bethli, Saanen
Blanchard Jean-Michel, Malleray (bis Ende Märzsession 2013)	Marti Willy, Kallnach
Blank Andreas, Aarberg	Messerli Walter, Interlaken
Brand Peter, Münchenbuchsee	Moser Werner, Landiswil
Bühler Manfred, Cortébert	Müller Moritz, Bowil
Burren Andreas, Mittelhäusern	Reber Fritz, Schangnau
Fischer Gerhard, Meiringen	Rösti Hans, Kandersteg
Freiburghaus Fritz, Rosshäusern	Ruchti Fritz, Seewil
Fuchs Thomas, Bern	Rufener Thomas, Langenthal
Anne-Caroline Graber, La Neu- veville	Schlup Martin, Schüpfen
Geissbühler Sabina, Herrenschwanden	Schmid Hans, Achseten
Gerber Alfred, Gohl	Schneider Donat, Diessbach
Graber Samuel, Horrenbach	Schori Peter, Spiegel
Guggisberg Lars, Kirchlindach	Schürch Jürg, Huttwil
Hadorn Christian, Ochlenberg	Schwarz-Sommer Elisabeth, Steffisburg
Hess Erich, Bern	Schweizer Hans Rudolf, Utzigen
Iseli Jürg, Zwieselberg	Struchen Béatrice, Epsach
Jost Ueli, Thun	Studer Ueli, Niederscherli
Kilchherr Carlo, Thun	Wälchli Käthi, Obersteckholz
	Wyss Fritz, Wengi

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten (von Amtes wegen)
Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Bern
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (ab 04.05.2013)
Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Andrea Pieren, Oberburg
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf
Werner Salzmänn, Mülchi
Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten b. Bern
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Werner Salzmann, Mülchi

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,
stv. Geschäftsführer, Bern
Jasmin Jakob, Sekretärin, Bern

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Jean-Pierre Graber, alt Nationalrat, Präsident, La Neuveville
Andrea Pieren, Vizepräsidentin, Oberburg
Aliki M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen
Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/Grossrat, Beisitzer, Bern
Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Willi Barben, a. Grossratspräsident, ist mit 89 Jahren verstorben. Willi Barben engagierte sich von 1973 bis 1984 im Grossen Rat. 1976 bis 1979 war er Fraktionspräsident der SVP und wurde schliesslich 1981 zum Grossratspräsidenten gewählt. Auch vertrat er die SVP im Stadtrat von Thun, den er 1974 präsidierte, und setzte sich in verschiedenen Verbänden und Organisationen der Region und des Kantons ein.

Hans Berger-Reusser, a. Grossrat, ist in seinem 76. Lebensjahr verstorben. Hans Berger vertrat die SVP von 1978 bis 1994 im Grossen Rat. Zudem engagierte er sich als Vorstandsmitglied der ehemaligen Ortssektion Fahrni und des Amtsverbands Thun.

Walter Gugger-Hänni, a. Grossrat, ist in seinem 81. Lebensjahr verstorben. Walter Gugger vertrat die SVP von 1982 bis 1994 im Grossen Rat. Auch setzte er sich als Vorstandsmitglied der Ortssektion Uetendorf und des Amtsverbands Thun ein. Besonders stark setzte sich Walter Gugger zudem in der Gemeindepolitik ein: Von 1980 bis 1992 war er Gemeinderat von Uetendorf und als er 1994 sein Grossratsmandat abgab, wurde er zum Gemeindepräsidenten gewählt. In diesem Amt engagierte er sich bis 2001.

Prof. Dr. Walther Hofer ist in seinem 93. Lebensjahr verstorben. Er vertrat die SVP von 1963 bis 1979 im Nationalrat und wirkte dort in zahlreichen Kommissionen und in der Fraktionsleitung. Walther Hofer wirkte 1950-1959 an der Freien Universität und an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin als Dozent. Sein akademischer Weg führte ihn auch in die USA an die Columbia Universität in New York. 1960 wurde er als Professor für Weltgeschichte an die Universität Bern berufen. Nicht nur seine Schriften machten ihn bekannt, auch seine Stimme war vielen Schweizerinnen und Schweizern dank Hofers Arbeit als Korrespondent des Schweizer Radios in Berlin ein Begriff. Nebst vielen anderen Aktivitäten engagierte er sich auch im Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds und gründete 1974 den legendären „Hofer-Club“ („Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung“). Walther Hofer war zudem Vertreter im Europarat. Er war zeitlebens ein Verfechter der Demokratie, Freiheit und gradlinigen Politik.

Erwin Walker-Kernen, a. Grossrat und a. Regierungsstatthalter, ist kurz vor seinem 60. Geburtstag verstorben. Er vertrat die SVP von 1990 bis 1994 im Grossen Rat und amtierte dann viele Jahre als Regierungsstatthalter. Erwin Walker-Kernen setzte sich nicht nur in den erwähnten öffentlichen Ämtern für den Kanton Bern und unsere Partei ein, sondern leistete auch engagierte Ar-

beit als Präsident der SVP Sektion Lenk und als Amtsverbandssekretär. Überdies machte er sich unter anderem verdient als Leiter des Berner Oberländischen Skiverbandes und als Finanzchef des Kur- und Verkehrsvereins Lenk sowie als Verwaltungsratsmitglied in regionalen Unternehmen.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Der neue Präsident Werner Salzmann hatte nicht lange Zeit, sich einzuarbeiten. Es ging gleich los mit einem ganzen Berg von Aufgaben.

Die SVP Kanton Bern gibt als stärkste Partei im Kanton Bern nach wie vor den Ton an unter den Parteien auf kantonaler Stufe. Immer wieder ist es an der SVP, nicht nur den politischen Ball aufzunehmen, sondern auch organisatorisch das Heft in der Hand zu halten. So ist es die SVP, welche die bürgerlichen Partner geeint und die Federführung innehat für das bürgerliche Ticket bei den Regierungsratswahlen. Es ist aber auch immer wieder die SVP, welche auf operativer Stufe organisiert und zwischen den Parteien koordiniert für Abstimmungskämpfe, aber auch in administrativen Auseinandersetzungen mit der Staatskanzlei rund um die Wahlen, um nur zwei aktuelle Beispiele aus diesem Jahr zu nennen.

Die SVPLer ziehen am gleichen Strick und erst noch in die gleiche Richtung, in der neuen Geschäftsleitung ebenso wie im Sekretariat und an der Basis. Fand der Austausch früher vor allem an Anlässen statt, sind es vermehrt auch Email-Kontakte oder neuerdings das Intranet, welche den Informationsfluss sicherstellen. Die Türen des Sekretariats sind aber auch stets offen für alle, welche Fragen haben oder einfach rasch vorbeischaun wollen, ob es etwas Neues gibt. Mitglieder sind ebenso willkommen wie besorgte Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Schaffung der Austauschplattform für die Vertreterinnen und Vertreter der Justiz, den Kaminfeuergesprächen, sind wir auf gutes Echo gestossen. Das freut mich besonders, konnte ich doch damit einen lang gehegten Plan verwirklichen, nämlich für die SVP-Gerichtsvertreter und Juristen einen Rahmen zu schaffen, in welchem ein Austausch über aktuelle juristische Themen möglich ist. Ein herzliches Dankeschön gebührt an dieser Stelle unserem verdienten ehemaligen Bundesgerichtspräsidenten Lorenz Meyer, der die Aufgabe übernommen hat, die Anlässe zu leiten.

Danken möchte ich aber auch allen, die tagtäglich mithelfen, die Herausforderungen der Parteiarbeit zu meistern.

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

VI. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung
	31.12.2012	31.12.2013	
Allmendingen	23	23	0
Bolligen	127	125	-2
Bremgarten b. Bern	28	27	-1
Diemerswil	21	19	-2
Ferenbalm	74	76	+2
Fraubrunnen	119	126	+7
Frauenkappelen	22	22	0
Golaten	12	12	0
Gurbrü	27	26	-1
Ittigen	40	40	0
Jegenstorf	83	76	-7
Kirchlindach	83	79	-4
Kriechenwil	21	21	0
Laupen	33	33	0
Mattstetten	24	24	0
Meikirch	81	80	-1
Moosseedorf	80	78	-2
Mühleberg	90	94	+4
Münchenbuchsee	170	167	-3
Münchenwiler	14	16	+2
Muri-Gümligen	91	95	+4
Neuenegg	189	170	-19
Ostermundigen	64	61	-3
Stettlen	42	39	-3
Urtenen-Schönbühl	71	68	-3
Vechigen	173	183	+10
Wohlen b. Bern	110	111	+1
Worb	183	165	-18
Zollikofen	91	89	-2
Mittelland-Nord	2'186	2'145	-41
Arni	25	28	+3
Belp	187	184	-3
Biglen	117	74	-43

Bowil	47	43	-4
Gelterfingen	12	12	0
Gerzensee	64	61	-3
Grosshöchstetten	52	52	0
Guggisberg	43	41	-2
Kaufdorf	23	23	0
Kehrsatz	28	29	+1
Kiesen-Oppligen	49	47	-2
Kirchdorf	103	95	-8
Köniz Total	195	194	-1
Konolfingen	176	168	-8
Landiswil	49	51	+2
Linden	56	56	0
Münsingen	79	75	-4
Oberbalm	43	40	-3
Oberdiessbach	92	92	0
Oberthal	21	21	0
Riggisberg	87	83	-4
Rubigen	20	0	-20
Rüeggisberg	130	131	+1
Rüscheegg	37	37	0
Schwarzenburg	105	97	-8
Thurnen	29	29	0
Toffen	62	62	0
Walkringen	43	33	-10
Wichtrach	110	103	-7
Zäziwil	62	62	0
Mittelland-Süd	2'146	2'023	-123
Aarberg	109	108	-1
Aegerten-Brügg	0	5	+5
Bellmund	9	10	+1
Biel / Bienne	71	73	+2
Brüttelen	13	13	0
Büetigen	29	28	-1
Bühl	13	13	0
Büren a. Aare	91	89	-2
Dotzigen	45	46	+1
Epsach	20	19	-1
Erlach	61	59	-2
Grossaffoltern	59	56	-3

Grosses Moos	28	23	-5
Ins	142	141	-1
Ipsach	38	38	0
Jens	28	29	+1
Jolimont	54	53	-1
Kallnach	35	34	-1
Kappelen	52	54	+2
Lengnau	52	55	+3
Lyss-Buswil	133	134	+1
Meinisberg	21	24	+3
Müntschemier	63	61	-2
Nidau	15	19	+4
Oberwil b. Büren	47	46	-1
Orpund	41	42	+1
Pieterlen	50	42	-8
Port	32	32	0
Radelfingen	70	68	-2
Rapperswil	80	80	0
Safnern	52	50	-2
Schüpfen	107	103	-4
Schwadernau	15	14	-1
Seedorf (BE)	146	136	-10
Studen	20	20	0
Sutz-Lattrigen	11	9	-2
Täuffelen	47	45	-2
Treiten	42	43	+1
Twann-Tüscherz-Alfermée	11	12	+1
Walperswil	35	35	0
Wengi	32	32	0
Worben	38	36	-2
Einzelmitglied	24	18	-6
Seeland	2'081	2'047	-34
Bévilard	5	5	0
Corgémont	18	19	+1
Cortébert	12	12	0
Court	17	18	+1
Courtelary	4	4	0
Diesse	3	0	-3
La Chauv d'Abel	5	5	0
La Ferrière	5	5	0

La Neuveville	18	18	0
Malleray	8	9	+1
Mont-Tramelan	9	3	-6
Moutier	49	52	+3
Moutier Diverse	22	28	+6
Nods	1	1	0
Orvin	14	15	+1
Péry	10	9	-1
Plateau de Diesse	0	5	+5
Prêles	2	0	-2
Reconvilier	12	15	+3
Renan	14	13	-1
Romont	6	6	0
Saint-Imier	37	34	-3
Sauge	0	6	+6
Sonceboz-Sombeval	8	7	-1
Sonvilier	6	6	0
Tavannes	26	24	-2
Tramelan	21	26	+5
Vaufelin	6	0	-6
Berner Jura	338	345	+7
Aeffligen	38	36	-2
Affoltern i. E.	79	79	0
Alchenstorf	45	47	+2
Bätterkinden	97	95	-2
Burgdorf	100	101	+1
Dürrenroth	51	51	0
Eggiwil	137	138	+1
Ersigen	130	123	-7
Hasle b. B.	113	111	-2
Heimiswil	86	83	-3
Hindelbank	48	48	0
Höchstetten-Hellsau	16	16	0
Kirchberg	88	89	+1
Koppigen	89	84	-5
Krauchthal	95	93	-2
Langnau i. E.	150	139	-11
Lauperswil	70	70	0
Lützelflüh	78	79	+1
Lyssach	70	68	-2

Nieder- und Oberösch	24	24	0
Oberburg	161	156	-5
Röthenbach	7	7	0
Rüderswil	51	50	-1
Rüdtligen-Alchenflüh	39	35	-4
Rüegsau	106	108	+2
Schangnau	73	76	+3
Signau	51	51	0
Sumiswald/Wasen	139	143	+4
Trachselwald	27	27	0
Trub/Trubschachen	94	85	-9
Utzenstorf	100	100	0
Wynigen	132	128	-4
Zielebach	17	17	0
Emmental	2'601	2'557	-44
Aarwangen	122	124	+2
Attiswil	41	41	0
Auswil	9	9	0
Bleienbach	70	73	+3
Busswil/Melchnau	79	79	0
Eriswil	60	61	+1
Gondiswil	24	24	0
Herzogenbuchsee	97	97	0
Huttwil	129	124	-5
Langenthal	196	202	+6
Lotzwil	43	47	+4
Madiswil	85	91	+6
Niederbipp	96	97	+1
Oberbipp	67	67	0
Obersteckholz	18	17	-1
Roggwil	98	96	-2
Rohrbach	32	30	-2
Rütschelen	18	0	-18
Schwarzhäusern	20	15	-5
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	66	66	0
Thörigen	76	73	-3
Thunstetten	72	72	0
Ursenbach	45	45	0
Walterswil	40	40	0
Wangen a. Aare	61	63	+2

Wiedlisbach	34	34	0
Wynau	15	16	+1
Wyssachen	36	33	-3
Einzelmitglieder	19	31	+12
Oberaargau	1'768	1'767	-1
Amsoldingen	44	40	-4
Blumenstein	30	30	0
Buchholterberg-Wachsedorn	72	72	0
Burgistein	36	36	0
Gurzelen	25	25	0
Heimberg	72	72	0
Hilterfingen	43	43	0
Stocken-Höfen	35	36	+1
Linkes Zuggebiet und Umgebung	69	61	-8
Oberhofen	57	56	-1
Reutigen	49	45	-4
Schwarzenegg-Fahrni	157	162	+5
Seftigen	53	55	+2
Sigriswil	149	158	+9
Steffisburg	137	132	-5
Thierachern	52	51	-1
Thun	193	197	+4
Uebeschi	31	32	+1
Uetendorf	141	144	+3
Uttigen	37	40	+3
Wattenwil	84	81	-3
Zwieselberg	14	14	0
Einzelmitglieder	1	1	0
Thun	1'581	1'583	+2
Adelboden	57	56	-1
Aeschi b. Spiez	87	81	-6
Beatenberg	41	40	-1
Boltigen	35	37	+2
Bönigen	29	30	+1
Brienz	59	58	-1
Därstetten/Weissenburg	53	52	-1
Diemtigen	66	66	0
Erlenbach	22	25	+3
Frutigen	206	207	+1

Grindelwald	128	121	-7
Gsteig	26	26	0
Habkern	30	30	0
Interlaken	65	64	-1
Interlaken Einzelmitglieder	5	4	-1
Kandersteg	30	29	-1
Lauterbrunnen	27	28	+1
Lenk	58	52	-6
Matten b. Interlaken	58	56	-2
Oberhasli	142	137	-5
Oberwil i. S.	38	41	+3
Reichenbach	100	100	0
Ringgenberg/Goldswil	51	51	0
Saanen	184	189	+5
Spiez	147	147	0
St. Stephan	57	68	+11
Unterseen	51	54	+3
Wilderswil	60	61	+1
Wimmis	143	143	0
Zweisimmen	72	73	+1
Oberland	2'127	2'126	-1
Bern Stadt	385	383	-2
Direktmitglieder Kanton	48	66	+18
Direktmitglieder-Mirchel	46	37	-9
Total Kanton Bern	15'307	15'079	-228